110. Sitzung

am Dienstag, dem 07. Juli 1998, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches 7895

Nachruf auf den ehem. Abg. **Schemm** 7895

Aktuelle Stunde gemäß § 75 GeschO auf Antrag der Fraktion der SPD

Die Zukunftschancen der jungen Generation in Bayern durch Bildung, Ausbildung und Arbeit sichern

Maget (SPD) 7895
Freller (CSU) 7897
Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 7898
Frau Radermacher (SPD) 7900
Staatsminister Zehetmair 7901
Frau Dodell (CSU) 7902
Frau Werner-Muggendorfer (SPD) 7903
Kobler (CSU) 7904
Frau Voget (SPD) 7904
Dinglreiter (CSU) 7905
Kurz (fraktionslos) 7907
Wahnschaffe (SPD) 7908
Herbert Fischer (CSU) 7909
Staatssekretär Dr. Merkl 7909
Staatsminister Dr. Wiesheu 7911

Gesetzentwurf der Staatsregierung

eines **Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Fachhochschulen Amberg-Weiden, Ansbach, Deggendorf, Hof und Ingolstadt sowie der Abteilungen Aschaffenburg der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt-Aschaffenburg und Neu-Ulm der Fachhochschule Kempten-Neu-Ulm** (Drs. 13/11206)

- Zweite Lesung -

Beschlußempfehlung des Hochschulausschusses (Drs. 13/11480)

Abstimmung 7912

Schlußabstimmung 7912

Gesetzentwurf des Abg. Kurz

zur **Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen** (Drs. 13/7986)

- Zweite Lesung -

Beschlußempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 13/10676)

Abstimmung 7912

Schlußabstimmung 7912

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur **Änderung des kommunalen Wirtschaftsrechts und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften** (Drs. 13/10828)

- Zweite Lesung -

Beschlußempfehlung des Innenausschusses (Drs. 13/11233)

Alois Glück (CSU), z. GeschO 7913

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur **Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes** (Drs. 13/11014)

- Zweite Lesung -

Beschlußempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 13/11387)

Abstimmung 7913

Schlußabstimmung 7914

Gesetzentwurf der Abg. Alois Glück, Dr. Kempfler, Loscher-Frühwald u.a. **u.** Frakt. (CSU)

zur **Änderung der Bayerischen Bauordnung** (Drs. 13/11131)

- Zweite Lesung -

dazu

Änderungsantrag der Abg. Dinglreiter, Ihle, Dr. Kempfler u.a. (CSU) (Drs. 13/11231)

Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 13/11237)

Abstimmung 7914

Schlußabstimmung 7914

Erledigung (Drs. 13/11231) 7914

Gesetzentwurf der Abg. Dr. Christoph Maier, Loscher-Frühwald, Kupka u.a. (CSU)

zur **Änderung des Fischereigesetzes für Bayern** (Drs. 13/10691)

- Zweite Lesung -

Beschlußempfehlung des Landwirtschaftsausschusses (Drs. 13/11020)

Franzke(SPD) 7914
Dr. Christoph Maier (CSU) 7915

Abstimmung 7915

Schlußabstimmung 7916

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur **Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes** (Drs. 13/11010)

- Zweite Lesung -

Beschlußempfehlung des Landwirtschaftsausschusses (Drs. 13/11223)

Abstimmung 7916

Schlußabstimmung 7916

Gesetzentwurf der Abg. Alois Glück, Miller, Michl u.a. (CSU)

zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der **bayerischen Landwirtschaft** (Drs. 13/11034)

- Zweite Lesung -

Beschlußempfehlung des Landwirtschaftsausschusses (Drs. 13/11224)

Abstimmung 7916

Schlußabstimmung 7917

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur **Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes** (Drs. 13/10794)

- Zweite Lesung -

Beschlußempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses (Drs. 13/11234)

Abstimmung 7917

Schlußabstimmung 7917

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur **Ausführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens nach der Insolvenzordnung (AGInsO)** (Drs. 13/10829)

- Zweite Lesung -

dazu

Änderungsantrag der Abg. Schultz, Wahnschaffe u.a. (SPD) (Drs. 13/11082)

Beschlußempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses (Drs. 13/11238)

Schultz (SPD) 7917
Rubenbauer(CSU) 7918

Beschluß (Drs. 13/11082) 7919

Abstimmung 7919

Schlußabstimmung 7919

Schluß der Sitzung 7919

(Beginn: 15.05 Uhr)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 110. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt; ich habe dabei Ihre Zustimmung vorausgesetzt.

(Die Anwesenden erheben sich)

Meine Damen und Herren, am 2. Juli, einen Tag vor seinem 88. Geburtstag, ist Herr Hans Schemm verstorben. Er war von 1954 bis 1958 Mitglied des Bayerischen Landtags, wo er für die Fraktion der FDP den Wahlkreis Oberbayern vertrat. Seine kommunalpolitischen Erfahrungen, die er im Stadtrat von München gesammelt hatte, kamen ihm bei seiner Arbeit im Ausschuß für Sicherheitsfragen sowie im Ausschuß zur Einbringung von Vorschlägen für die Verwaltungsvereinfachung zugute. Der Bayerische Landtag wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. - Sie haben sich zu Ehren des Toten von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 1

Aktuelle Stunde

„Die Zukunftschancen der jungen Generation in Bayern durch Bildung, Ausbildung und Arbeit sichern“

Für die heutige Sitzung war die Fraktion der SPD vorschlagsberechtigt. Sie hat diese Aktuelle Stunde beantragt. Die einzelnen Redner dürfen grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion kann einer ihrer Redner zehn Minuten sprechen; dies wird auf die Gesamtrede der jeweiligen Fraktion angerechnet. Wenn ein Mitglied der Staatsregierung kraft seines Amtes das Wort nimmt, wird die Zeit seiner Rede nicht mitgerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zeit der Dauer der Aussprache zu sprechen. Ich bitte Sie, auf mein Signal zu achten. Der erste Redner ist Herr Abgeordneter Maget. Herr Maget nimmt zehn Minuten in Anspruch. Bitte, Herr Maget.

Maget (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wofür machen wir Politik, wenn nicht dafür, unseren Kindern und Jugendlichen die bestmöglichen Zukunfts- und Lebenschancen zu bieten und zu eröffnen? Auch Regierungspolitik muß sich an diesem Maßstab messen lassen: Wie gut sind die Bildungschancen für unsere Kinder? Reicht es aus, was die Kinder an unseren Schulen lernen, um ihr Leben gestalten zu können? Reicht das Ausbildungsplatzangebot? Wie sind die Chancen der Jugend auf dem Arbeitsmarkt? Was wird in der Jugendarbeit geleistet? Eine Bilanz dieser Fragen fällt im Freistaat alles andere als positiv aus.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CSU)

Auch die Jugendlichen selbst sehen das genau. Auf die Frage: „Halten Sie unsere Gesellschaftsordnung für gerecht?“ antworteten 27% der befragten Jugendlichen mit Ja. 51% sagten: Nein, wir halten unsere Gesellschaftsordnung für nicht gerecht.

(Dr. Weiß (CSU): Das halten Sie für überzeugend!)

Auch die eigenen Zukunftschancen und Erwartungen werden heute von den jungen Menschen deutlich schlechter beurteilt als in der Vergangenheit. Das ist deshalb so schlimm, weil wir eigentlich eine junge Generation bräuchten, die mit Mut, Optimismus und Zuversicht an die Zukunft denkt und nicht mit Sorgen, ob sie einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz finden kann. Aber für eine Jugend, die optimistisch sein soll, müssen wir auch von der Politik her die Voraussetzungen schaffen.

In wenigen Tagen werden die Schülerinnen und Schüler in Bayern ihre Abschlußzeugnisse erhalten. Über diese Zertifikate werden auch wieder Lebens- und Arbeitsmarktchancen verteilt. Bayern vergibt die niedrigsten Bildungsabschlüsse in der ganzen Bundesrepublik Deutschland. Der Anteil der Absolventen mit Abitur und Fachhochschulreife ist in den letzten Jahren auf 17,6% abgesunken. Der Anteil der Schulabgänger mit Hauptschulabschluß ist dagegen auf 43,7% gestiegen. 1988 waren es nur 40%. Besonders bedrückend ist, daß der Anteil der Abgänger ohne Abschluß in den letzten Jahren ebenfalls wieder angestiegen ist. Er betrug im Jahr 1996 8,4% gegenüber 7,1% im Jahr 1988. Dies sind Jahr für Jahr 11 000 junge Menschen, die die Schule ohne jeden Schulabschluß verlassen. Wer bedenkt, daß ein Schulabschluß eine wichtige Voraussetzung dafür ist, um später im Konkurrenzkampf um Arbeits- und Ausbildungsplätze bestehen zu können, weiß genau, daß diese Zahlen ein Alarmzeichen sind.

(Zuruf des Abgeordneten Christ (CSU))

- Entsprechend fällt auch die Kritik des Wirtschaftsbeirates der Union aus, verehrter Herr Kollege. Der Wirtschaftsbeirat sagt: Wir haben schwerwiegende Mängel in unserem Schulsystem, insbesondere an der Hauptschule.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist zumindest heute in den Medien zu lesen. Das sagen Ihre Experten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Deswegen sind wir der Meinung, daß insbesondere die materielle und personelle Ausstattung der Hauptschulen und der Berufsschulen deutlich besser werden muß. Vor allen Dingen brauchen wir mehr Nachmittagsbetreuungsangebote und mehr Schulsozialarbeit, weil auf die Kinder heute zu Hause oft niemand mehr wartet. Unser Schulsystem entläßt sie aber so nach Hause, als hätten wir noch die Familienstrukturen wie vor vierzig, fünfzig oder gar einhundert Jahren.

Der Zugang zum Ausbildungsstellenmarkt ist für die meisten ebenfalls schwieriger geworden. In sechs von sieben Regierungsbezirken - nur Oberbayern macht eine Ausnahme - verzeichnen wir ein Defizit an Ausbildungsstellen. Die Schere zwischen Nachfrage, und Angebot hat sich geschlossen. Wenn wir wissen, daß in den nächsten Jahren die Zahl derer, die Ausbildungsplätze brauchen und suchen werden, wieder steigt, erkennen wir genau, daß wir auf ein stärker werdendes Problem zusteuern und eine strukturelle Unterversorgung mit Ausbildungsplätzen haben werden, insbesondere dann, wenn wir die enormen regionalen Unterschiede berücksichtigen.

Weiter gibt es das Problem, daß mittlerweile 20% der jungen Menschen in Bayern ihre Ausbildungsverhältnisse wieder auflösen, entweder sie oder der Ausbilder. Ein Grund dafür liegt darin, daß viele in Ausbildungsberufen sind, von denen sie sich keine Zukunftschance versprechen können. Ein anderer Grund liegt darin, daß im Hintergrund schwierige soziale Bedingungen für die Jugendlichen vorliegen, teilweise auch schwierige Integrationsbedingungen bei Aussiedlerkindern und ausländischen Jugendlichen. Ich empfehle Ihnen dringend, statt Wahlkampf auf Kosten der ausländischen Jugendlichen zu führen, für mehr Integration dieser jungen Menschen einzutreten.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wir sollten uns doch zumindest darüber verständigen können, daß es zur Integration der ausländischen Kinder und Jugendlichen in unserem Land keine Alternative gibt und daß wir aus eigenem Interesse alles dafür tun müssen, daß auch ausländische Kinder und Jugendliche einen Schulabschluß erhalten, der in eine Arbeitsperspektive münden kann.

Qualifikation und Zukunftschancen sind zwei Seiten einer Medaille. Die Arbeitslosenquote bei Menschen mit Berufsabschluß beträgt 6%, die Arbeitslosenquote bei Menschen ohne Ausbildung 20%. Schon allein deshalb ist die gegenwärtige Ausbildungssituation ein Alarmzeichen, aber auch deshalb, weil wir unsere ökonomische Zukunftsperspektive auf der Qualifikation der Arbeitskräfte aufbauen müssen. Wir haben keine Rohstoffe, sondern nur den Rohstoff Geist, in den wir investieren müssen.

Die Wirtschaft hat ihre Lehrstellenversprechen nicht eingelöst, und sie wird auch keine neuen Lehrstellenzusagen mehr geben. Dies ist kurzsichtig, weil sie damit an ihrem eigenen Ast sägt, auf dem sie sitzt. Ich betreibe hier keine Unternehmerschelte; denn ich muß sehen, daß auch die öffentlichen Hand ihre Aufgaben nur völlig unzureichend erfüllt. Auch der Freistaat Bayern - das ist eine Tatsache - hält sich nicht an seine Verpflichtung, ausreichend auszubilden.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Lösung kann nicht die staatliche Ausbildung bringen. Sie muß in der Wirtschaft gelingen; aber dort, wo sie nicht gelingt, müssen doch die öffentliche Hand und die Politik etwas tun, um nicht die jungen Menschen auf der Straße stehenzulassen, sie arbeitslos zu lassen und sie möglicherweise schon in jungen Jahren eine lebenslange Sozialhilfekarriere zu entlassen.

(Beifall bei der SPD)

Dies kann doch nicht das Ergebnis einer vernünftigen Politik sein. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie zur Kenntnis nehmen, daß der bayerische Sozialbericht, den Sie ja nicht veröffentlichen wollten, beschreibt, daß die größte Gruppe an Sozialhilfeempfängern in unserem Land die Kinder unter 14 Jahren sind, dann muß dies eine Partei, die sich christlich nennt, doch erschrecken und sie endlich zum Handeln bewegen Die größte Gruppe an Sozialhilfeempfängern in unserem Land sind im Augenblick Kinder unter 14Jahren. Ich glaube, daß Sie dies beunruhigen sollte.

(Kobler (CSU): Sind das Deutsche oder Ausländer?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen auch eine Stärkung der Jugendarbeit. Haushaltssperren für den Jugendring sind ebenso der falsche Weg wie die Einschränkung von Freistellungsmöglichkeiten Ehrenamtlicher in der Jugendarbeit.

(Beifall bei der SPD)

Wer heute Jugendleiter in einem Sportverein werden will und dort unheimlich viel für die Kinder leistet, konnte sich bisher befreien lassen, Freistellungsmöglichkeiten in Anspruch nehmen. Diese haben Sie jenen engagierten Erwachsenen genommen. Dies wird sich nachteilig auf die Jugendarbeit in unserem Lande auswirken. Sie wollten längst ein neues Kinder- und Jugendprogramm auflegen, aber Sie haben es auf die lange Bank geschoben.

Lassen Sie mich zum Abschluß aus der Shell-Jugendstudie folgendes anführen, was mir wichtig ist. Mir ist die Erkenntnis wichtig, daß die Jugend in unserem Land arbeitswillig und leistungsbereit ist. Mir ist die Erkenntnis wichtig, daß junge Menschen genau wissen, daß eine gute Ausbildung ein wichtiges Fundament für ihre Zukunft ist. Mir ist die Erkenntnis wichtig, daß zu viele Jugendliche die Meinung vertreten, die Politik kümmere sich nicht um ihre Anliegen und sorge nicht für ihre Zukunftsperspektiven. Genau diese drei Dinge gehören zusammen. Es ist die Aufgabe der Politik, der Jugend eine Zukunftsperspektive zu eröffnen und ihr Chancen zu geben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es führt zur berechtigten Verdrossenheit, wenn sich Politik dieser Aufgabe so nachhaltig entzieht, wie das in den vergangenen vier Jahren in Bayern der Fall war.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Wenn man mir signalisiert, daß man bald zu Ende sein wird, erwarte ich nicht, daß es dann noch eine Minute dauert, Herr Kollege Maget.

Als nächster hat Herr Kollege Freller das Wort. Herr Kollege Freller, sprechen Sie auch zehn Minuten?

Freller (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Das Thema heißt: „Die Zukunftschancen der jungen Generation in Bayern durch Bildung, Ausbildung und Arbeit sichern". Meine sehr verehrten Damen und Herren, indem die SPD dieses Thema in 60 Minuten behandelt wissen will, hat sie eines der wichtigsten Themen zu einer Eintagsfliege gemacht.

(Lachen bei der SPD)

Für uns ist dieses Thema ein Dauerauftrag, den wir gewissenhaft erfüllen.

(Herbert Müller (SPD): Wenn euch nichts Gescheiteres einfällt , können Sie sich gleich wieder setzen!)

Lieber Herr Maget, für uns ist dieses Thema ein Dauerauftrag, den wir gewissenhaft erfüllen.

(Beifall bei der CSU - Lachen bei der SPD)

Es hätte genügt, wenn Sie sich einige Vergleichszahlen angesehen hätten, anstatt mit falschen Behauptungen und Beschimpfungen zu arbeiten. Sie hätten sich lieber in Selbstkritik üben sollen.

Meine Damen und Herren: „Die Zukunftschancen sichern". Wenn ich sehe, daß Bayern 16,1% seines Haushaltes in Zukunftsinvestitionen steckt, Niedersachsen dagegen ganze 9,9%, wenn ich sehe, daß 1997 die Arbeitslosigkeit der unter Fünfundzwanzigjährigen in Bayern 7,6% betrug, während sie in Niedersachsen bei 13,2% lag,

(Zuruf von der CSU: Hört! Hört!)

wenn ich sehe, daß Bayern pro Bürger 31 DM für Existenzgründer aufwendet, Niedersachsen dagegen ganze 1,24DM, wenn ich sehe, daß Bayern pro 1000 Einwohner 19 Sozialhilfeempfänger, Niedersachsen aber 42 Sozialhilfeempfänger hat, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, dann würde ich mich schämen, dieses Thema hier zum Gegenstand einer Aktuellen Stunde zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Kehren Sie bitte vor der eigenen Tür, bevor Sie den anderen Unrechtes nachsagen.

(Beifall bei der CSU)

Die Blockade der Steuerreform hat in den letzten zwei Jahren viele junge Menschen die Zukunft gekostet, was Tausende von Aktuellen Stunden nicht ausgleichen werden.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen eines klar erkennen - Bayern hat dies getan -: daß die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes nicht in der Fabrikhalle oder im Forschungslabor, sondern im Klassenzimmer beginnt.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Die Bildungspolitik muß hier einen sehr schwierigen Spagat schaffen. Sie muß auf ein anspruchsvolles Berufsleben vorbereiten, und sie muß sich immer mehr den Erziehungsdefiziten dieser Gesellschaft widmen.

Lassen Sie mich kurz auf das Thema der Vorbereitung auf das Berufsleben zu sprechen kommen. Ein Kind, das in diesem Jahr geboren wird, wird die Schule irgendwann in den Jahren zwischen 2015 und 2017 verlassen. Niemand weiß, wie die Welt dann aussehen wird. Dennoch oder gerade deshalb sind wir verpflichtet, alles zu tun, um unseren Kindern den bestmöglichen Start in die Zukunft zu sichern. Es ist jedoch wie bei einer Reise ins Ungewisse: Was gebe ich jungen Menschen mit, was sie dringend brauchen werden? Was wird aller Voraussicht nach nie gebraucht werden und kann deshalb getrost weggelassen werden? Wie versetze ich sie in die Lage, während der Reise das zu erwerben, was sie aktuell benötigen? Eines steht für mich fest: In gleicher Weise, wie man auf einer Reise ohne Anstrengungen nicht weit kommt, ist auch Bildung auf Leistung angewiesen. Wer die Leistung verpönt, hat nicht begriffen, daß sie im Grunde ein humanes Prinzip und auch Garant der Chancengleichheit ist. Der junge Mensch kann und will etwas leisten und sich bewähren. Die Entfaltung seiner Anlagen und Fähigkeiten gelingt ihm nur, wenn er zur Leistung angespornt wird und wenn er auch dazu angehalten wird, seine Begabungen auszuschöpfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bekenne mich hier eindeutig zum Leistungsprinzip an unseren Schulen. In der SPD-Bildungspolitik scheint dieses Thema nicht sehr gefragt zu sein. Ein Zitat von Herrn Glogowski ist allgemein bekannt. Es gibt noch ein zweites, das mindestens genauso schön ist. Das erste lautet: Zieht ein bayerisches Kind hierher, muß es sich erst einmal zwei Jahre hängenlassen, damit es das niedrige niedersächsische Niveau erreicht. - Das zweite Zitat, das an gleicher Stelle gesagt wurde und am 4. April in der „Braunschweiger Zeitung" zu lesen war, ist nicht minder interessant. Der SPD-Innenminister von Niedersachsen sagt: Wir wollen künftig eine Schule, in der die Kinder Leistungen bringen müssen. - Meine Damen und Herren, das heißt im Umkehrschluß: Wir haben bisher in Niedersachsen eine Schule, in der die Kinder keine Leistungen bringen müssen.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, man muß sich hier einmal die Verkehrung der Werte bei Ihnen vor Augen führen. Deshalb sage ich: Wir werden uns ganz klar auch weiterhin zum Leistungsprinzip bekennen, weil wir es für nötig halten, damit die Zukunft zu bewältigen. Man kann fragen: Was ist wichtig in unseren Lehrplänen? Worauf kommt es noch mehr an? Ist vielleicht ein Weniger ein Mehr? Um

eines werden wir aber nicht herumkommen, nämlich in ganz entscheidenden Fächern - dazu zähle ich Deutsch, die Fremdsprachen und die Naturwissenschaften - Pflöcke einzurammen, die ein Leben lang tragen. Ich bin der festen Überzeugung, daß in Zukunft jemand ohne Naturwissenschaften und Fremdsprachen im Berufsleben nicht bestehen wird. Dies gilt heute mehr denn je.

(Zuruf von der SPD: Wieviel Rechtschreibfehler habt ihr auf euren Plakaten? - Weitere Zurufe von der SPD)

- Die Bereitschaft zum Zuhören gehört auch zu den Tugenden, die Sie sonst immer fordern. Ich bitte sie auch zu praktizieren.

(Zustimmung bei der CSU)

Wir haben immer wieder die Forderung nach einem vernetzten Denken gehört. Diese Forderung kann auch ich unterschreiben. Es ist richtig: Es wäre gefährlich, nur fachbezogen zu denken. Eines füge ich allerdings hinzu: Vernetztes Denken kann nur gelingen, wenn es etwas zu vernetzen gibt. Ein Netz, das Sie zwischen den Pflöcken, die Sie eingerammt haben, nicht spannen, ein Netz, das Sie lose auf den Boden legen, taugt nichts. Deshalb sagen wir: Vernetztes Denken - ja, aber auf der Grundlage erbrachter Leistungen und Kenntnisse, die ein Leben lang vorhalten müssen und für unsere Berufswelt unverzichtbar sind.

Ich sage mit allem Nachdruck: Unsere Berufswelt ist komplizierter geworden. Wir werden darauf in unserem Bildungssystem Rücksicht nehmen müssen, wenn wir unsere jungen Leute nicht gewissermaßen in das offene Messer des Berufslebens laufen lassen wollen. Darauf hat Bildungspolitik Rücksicht zu nehmen. Gerade auch das Bildungspapier der CSU zielt darauf ab, daß wir zwar Inhalte hinterfragen, aber auch ganz klar und deutlich machen, wie wichtig es ist, daß an unseren Schulen die Voraussetzungen dafür erhalten bleiben, daß auch in einer komplizierter werdenden Arbeitswelt gewährleistet wird, im Berufsleben zu bestehen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einen zweiten Bereich ansprechen. Wir wissen, wie notwendig es ist, auf lebenslanges Lernen vorzubereiten. Wir wissen, wie wichtig es ist, jungen Menschen den Umgang mit neuen Medien - dies gehört heute zum Handwerkszeug – beizubringen. Wir wissen, wie notwendig es ist, daß jemand, sich selbst motivierend, ein Leben lang bereit ist, sich Informationen zu beschaffen. Der junge Mensch wird keine Chance haben, der nicht selbstverantwortlich und eigeninitiativ lernt und bereit ist, sich Informationen selber zu besorgen. Ich kann nur jeden jungen Menschen ermuntern, nicht darauf zu warten, bis man ihm alle Informationen gibt. Vielmehr sollte er sich selbst die Informationen holen, die er für das Leben braucht. Diese Eigeninitiative ist auch für das spätere Berufsleben unverzichtbar. Daß die Schule darauf vorbereitet, ist ein elementarer Bestandteil des Forderungskataloges unseres Bildungspapiers.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe eingangs gesagt, daß sich die Schule leider in zunehmendem Maße den Erziehungsdefiziten dieser Gesellschaft widmen muß, ob sie es will oder nicht. Das ist eine Erkenntnis, die von uns seit vielen Jahren immer wieder und nachhaltig formuliert wurde. Ich kann mich noch an Diskussionen erinnern, als Kultusminister Hans Zehetmair hier immer wieder die Bedeutung der Werteerziehung eingefordert hat und sich dann anhören mußte, daß dies nicht im Sinne der Selbstentfaltung des Kindes sei und ähnliches mehr.

Die GRÜNEN haben vielleicht ein bißchen frühzeitiger eingesehen, daß sie so nicht weiterkommen. Sie haben gesagt - ich zitiere -: „Wir haben unser Erziehungsziel nicht erreicht. Statt der mündigen, sozial und ökologisch engagierten, politisch hochmotivierten Jugend hat unsere Erziehung eine Spezies hervorgebracht, die zum überwiegenden Teil egozentrisch, konsumorientiert und in schlimmen Fällen sogar gewalttätig und fremdenfeindlich ist.“

Bei der SPD findet sich in dem l6seitigen Bildungsprogramm ein einziges Mal das Wort „Erziehung“. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind hier anderer Auffassung. Wir sagen: Das, was wir an Tugenden wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Fleiß, Selbstbeherrschung usw. brauchen, werden wir in unserem Bildungssystem auch verankern, und zwar mehr denn je.

Präsident Böhm: Herr Kollege Freller, ich erinnere an die Zeit.

Freller (CSU): Ein Letztes noch: In diesen Tagen werden die Einstellungszahlen für die künftigen Lehrer bekanntwerden. Ich weiß nicht genau, wie hoch die Zahl sein wird. Es werden aber mindestens 2000 sein.

(Zuruf von der SPD: Was hat das mit Ausbildung zu tun?)

Ich habe eine Anfrage der Kollegen aus Hessen vorliegen. Daraus ist zu entnehmen, daß von 8000 Bewerbern ganze 800 im hessischen Schuldienst eingestellt werden Meine Damen und Herren, hier wird deutlich, wie doppelzüngig die SPD das Problem der Zukunft unserer jungen Menschen - auch Junglehrer gehören dazu -angeht.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Wer schon die zehn Minuten Redezeit in Anspruch nimmt - das gilt für alle gleichermaßen -, der sollte dann nicht grundsätzlich elf Minuten reden.

(Gabsteiger (CSU): Das ist wie beim Fußball! - Maget (SPD): Wir bitten um Nachsicht!)

Als nächste hat Frau Kollegin Münzel das Wort. Auch zehn Minuten, Frau Münzel?

Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen die Jugendlichen auf dem Weg ins Erwachsenenleben mitnehmen

und nicht am Bahnhof aussetzen und sagen: „Bitte warten, der Zug endet hier“, während wir uns gemütlich zurücklehnen und weiterfahren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es müssen doch alle Wamleuchten blinken, wenn neueste Jugendstudien sagen, daß heute selbst Zwölfjährige von Existenzängsten geplagt werden und schon ein Sorgenpotential aufgebaut haben, das gut für ein Erwachsenenleben ausreichen würde.

Jugendlichen eine Zukunft geben, das heißt: eine gute schulische Ausbildung, Schlüsselqualifikationen statt Scheuklappenwissen, Teamgeist statt Egomanie. Herr Freller, Sie reiten immer auf dem Fächerwissen herum und sagen, wie wichtig das ist. Ich glaube aber, im Grunde Ihres Herzens wissen Sie auch, daß wir zwar eine gute Grundlage brauchen - die haben wir ja auch an den Schulen -, daß wir aber weiterdenken, weiterentwickeln müssen, mehr in dieses Transferwissen gehen müssen, nämlich das, was wir gelernt haben, auf etwas anderes zu übertragen, daß wir Schlüsselqualifikationen aufbauen müssen, daß wir nicht noch mehr in die Köpfe hineinpowern wie mit dem Nürnberger Trichter, sondern zu lernen vermitteln, wie man mit diesem enormen Wissen umgeht.

Jugendlichen eine Zukunft geben, das heißt auch, ihnen eine gute berufliche Ausbildung geben, und zwar nicht nur den Leistungsstärkeren, sondern gerade auch den Leistungsschwächeren. Eine gute berufliche Ausbildung - das ist uns allen klar - ist erst die Voraussetzung dafür, daß sie eine Chance auf einen Arbeitsplatz haben.

Es ist doch verheerend, wenn Jugendliche mit 14,15,16 Jahren merken: „Es gibt für mich in dieser Gesellschaft keinen Platz. Es gibt für mich in dieser Gesellschaft keine Aufgabe. Es wird nur auf mir herumgehackt. Ständig stehen irgendwelche Horrormeldungen in den Zeitungen über Jugendkriminalität, wir werden kriminalisiert. Eine Chance bekomme ich nicht.“ Das ist für die Zukunft dieser Jugendlichen schlichtweg eine Katastrophe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine gute schulische Ausbildung legt den Grundstein für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Nachdem aber zumindest in dieser Legislaturperiode, die ich selber mitgemacht habe, der Finanzminister die Bildungspolitik gemacht hat, müssen wir GRÜNEN am Ende dieser Legislaturperiode feststellen: Das Fundament ist untergraben.

(Zuruf des Abgeordneten Hofmann (CSU))

Stundenkürzungen ist ein Stichwort. Für die Hauptschule wird nicht einmal daran gedacht, diese Stundenkürzungen irgendwann wieder zurückzunehmen.

Ein zweites Stichwort sind die großen Klassen, in denen eine individuelle Förderung durch moderne Unterrichtsmethoden unmöglich ist. Allein diese beiden Punkte gehen zu Lasten der Kinder und Jugendlichen.

Herr Freller, Sie haben den Leistungsgedanken so sehr betont. Wir sollen aber auch Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß alle Kinder Leistungen bringen können, nicht nur diejenigen, die ohne große Hilfe vorwärtskommen, sondern gerade auch die schwachen, daß jedes Kind seinem Leistungsvermögen entsprechend gefördert werden kann, damit jedes Kind die Leistung bringen kann, die ihm möglich ist. Das geht mit den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht.

Kinder und Jugendliche müssen in der Schule auch gestärkt werden. Sie haben von Erziehungsdefiziten gesprochen. Ich möchte, daß wir von diesem defizitären Denken wegkommen. Wir haben eine andere Gesellschaft als noch vor 10, 20 oder 30 Jahren. Das sollten wir einfach unvoreingenommen zur Kenntnis nehmen und sagen: Das ist diese Gesellschaft. Das sind die Kinder aus dieser Gesellschaft. Wie kann ich ihnen die bestmögliche Förderung auch in der Schule angedeihen lassen? Sie brauchen an der Schule Menschen, die sich ihrer Probleme annehmen und mit ihnen gemeinsam einen Weg zur Lösung ihrer Probleme finden. Für mich geht kein Weg daran vorbei, daß wir verstärkt Schulsozialarbeit brauchen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Reformbedarf besteht an allen Schularten und an allen Schulen an allen Ecken und Kanten. Hilflos aber agiert das Kultusministerium, verkündet heute eine Reform und nimmt sie morgen wieder zurück, so daß zur Zeit eigentlich niemand weiß, was Sache ist. Für die Hauptschule wird nicht einmal an eine Reform gedacht - eine Schulart, aus der übrigens sehr viele Kinder in das duale System gehen.

Stimmt das Fundament Schule nicht, so ist es für die Jugendlichen sehr schwer, einen Ausbildungsplatz zu finden. Gar so rosig, wie es die CSU, die Staatsregierung und auch die Kammern hinstellen, ist die Situation auf dem Ausbildungsmarkt nicht. Sie brauchen sich nur die Zahlen von Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken oder Schwaben anzuschauen, wo es erheblich mehr Bewerberinnen und Bewerber um Ausbildungsplätze als unbesetzte Stellen gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Herbert Fischer (CSU))

- Das stimmt doch eindeutig.

Dabei öffnet sich die Schere zwischen den leistungsstarken Jugendlichen und den leistungsschwächeren Jugendlichen immer mehr. Auch hier rächen sich die Fehler der Vergangenheit. Statt die Unterstützung für die schwächeren Jugendlichen auszubauen, hat man sie abgebaut. Ich erinnere an dieser Stelle schon zum zigsten Mal an die Kürzung bei den Geldern zur Förderung der Ausbildungs- und Berufsreife. Ich erinnere daran, daß Jugendliche mit sozialpädagogischem Förderbedarf aus dem Berufsvorbereitungsjahr ausgeschlossen wurden, daß man für sie extra Lehrgänge erfinden mußte. Anstatt diese Jugendlichen besser in das System der beruflichen Bildung zu integrieren, hat man sie aus den Maßnahmen, die eigent-

lich für sie gedacht waren, nämlich aus dem Berufsvorbereitungsjahr, ausgeschlossen und sie in Lehrgängen untergebracht, die zum Teil äußerst fragwürdig sind.

Ich warne davor, die Vorschläge der Industrie umzusetzen, für leistungsschwächere Jugendliche die Ausbildungszeit zu verkürzen. Warum sollen Jugendliche, die sich mit dem Lernen schwertun, weniger Zeit zur Verfügung haben als Jugendliche, die sich mit dem Lernen leichter tun? Dies ist überhaupt nicht logisch.

Die Zukunftschancen der Jugendlichen sichern, das heißt, ihnen die optimalen Voraussetzungen für ihren Start ins Erwachsenenleben zu bieten. Wir müssen uns immer vor Augen halten, daß nicht oder unzureichend ausgebildete Jugendliche die Arbeitslosen von morgen sein werden. Deshalb darf auch eine vorübergehende Besserung auf dem Arbeitsmarkt, die darüber hinaus zum Teil auch noch saisonbedingt ist, kein Ruhekissen und kein Anlaß zur Selbstbeweihräucherung sein. Das bündnisgrüne Credo lautet: Gib der Jugend eine Chance.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Böhm: Als nächste hat Frau Kollegin Radermacher das Wort.

Frau Radermacher (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Hunderte von Petitionen, die Elternproteste, die Lehrerproteste, aber auch die Proteste der.Schülerinnen und Schüler und nicht zuletzt die Ergebnisse der TIMMS-Studie mußten der CSU zu denken geben. Sie mußte feststellen, daß mit dem Bildungssystem in Bayern doch nicht alles in Ordnung ist. Die Äußerungen, die Sie immer von sich gegeben haben: „Bei uns gibt es keinen Grund, irgend etwas zu ändern“, sind in der letzten Zeit auch merklich weniger geworden.

Kurz vor der Wahl versuchen Sie, die CSU, jetzt das Ruder herumzureißen, weil die aufgebrachten Eltern und die Lehrerinnen und Lehrer auch Wähler sind. Herr FreI-1er, Sie haben das in Ihrem Interview nach Kreuth sehr offen zugegeben. Im übrigen, Herr Freller, ist die Tür, vor der wir kehren müssen, immer noch Bayern. Hier sind wir verantwortlich und nicht in anderen Bundesländern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich gehe davon aus, daß es dort eine massive und starke CDU-Opposition gibt, die ihre Stimme erhebt. Wenn sie es nicht tut, ist es vielleicht doch nicht so schlecht, wie Sie uns immer glauben machen wollen.

(Freller (CSU): Aber Schröder will Kanzler werden!)

Die CSU versucht also, das Ruder vor der Wahl noch herumzureißen. Dazu soll auch dieses wunderschöne Plakat dienen: „Bayerns Bildung boomt.“ Man stelle sich das vor: Mit 500 Zweidrittellehrerinnen- und -Lehrerstellen boomt Bayerns Bildung. Ich male mir immer das Bild aus - -

(Hofmann (CSU): Hunderttausend Lehrer haben wir! - Freller (CSU): Der Schröder zieht jede zweite Stelle ein!)

Präsident Böhm: Frau Radermacher hat das Wort.

(Dr. Ritzer (SPD) - zu Abgeordnetem Hofmann (CSU) -: Das muß in Forchheim sein!)

- Bitte keine Querrufe durch das Plenum.

Frau Radermacher (SPD): Herr Hofmann, vielleicht äußern Sie sich einmal dazu. Sie wissen ja so viele tolle Sachen.

(Hofmann (CSU): Was hat der Herr Schröder gesagt?)

Stellen Sie sich doch einmal hierher, sagen Sie einmal etwas zur Bildungspolitik!

(Beifall bei der SPD)

Mit 500 Zweidrittelstellen boomt Bayerns Bildung. Stellen Sie sich das einmal richtig vor, wie es in den Schulen mit dem einsamen „Zehntel Zwei-Drittel-Lehrerlein“ so richtig boomt.

Im übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Plakat, auf dem Bayerns Bildung boomt und 2000 neue Lehrer versprochen werden, ist entweder ein politischer Taschenspielertrick, oder - auch das könnte man sagen - es ist eine politische Lüge. Denn Sie wissen genau, daß hier im Landtag nur 500 Zweidrittelstellen beschlossen worden sind. Das andere ist ein Wahlversprechen, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der SPD)

Sie hätten als CSU die Chance gehabt, unserem Antrag, in dem wir ein Konzept für die nächsten Jahre vorgelegt haben, hier im Landtag zuzustimmen. Aber die Wahrheit ist daß 500 Zweidrittelstellen beschlossen sind. 2000 wurden versprochen.

(Kaul (CSU): Halten Sie Ihre Rede vor hessischen Eltern! Dann kriegen Sie Antworten!)

Versprochen sind nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der SPD - Kaul (CSU): Bei uns wird mit den Füßen abgestimmt!)

Mit den Stundenkürzungen in den letzten zehn Jahren in den Grund- und Hauptschulen läßt sich Qualität nicht halten. Wenn ich lese, daß eine Arbeitsgruppe aus Wirtschaftsvertretern und CSU-Landtagsabgeordneten gemeinsam für die Hauptschule Lerngruppen eine bessere Betreuung und Ganztagsbetreuung gefordert haben, dann frage ich mich wirklich: Warum haben Sie das nicht bereits im Landtag eingebracht? Ich halte Ihr Verhalten für eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben doch die Mehrheit. Es ist typisch, so etwas in einem Wahlkampf zu fordern und damit die Menschen zu beruhigen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie hätten Chancen genug gehabt. Wir haben in den letzten vier Jahren eine Fülle von Anträgen eingebracht, die alle in Richtung Verbesserung gingen. Keinem dieser Anträge haben Sie zugestimmt. Unseren Antrag betreffend die verläßliche Halbtagsgrundschule haben Sie noch 1992 abgelehnt. Jetzt sind Sie endlich zu der Erkenntnis gekommen, daß es doch eine sinnvolle Sache ist.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Es reicht nicht, Kreuther Beschlüsse zu fassen. Nicht durch diese Kreuther Beschlüsse sichern Sie die Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen, sondern nur durch konkretes Handeln und konkrete Beschlüsse in diesem Parlament.

(Beifall bei der SPD - Dr. Weiß (CSU): Ihre Beschlüsse helfen nichts, egal, wo Sie sie fassen!)

Präsident Böhm: Das Wort hat Herr Staatsminister Zehetmair.

Staatsminister Zehetmair (Kultusministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Gestatten Sie bitte, daß ich zu diesem wichtigen Thema „Die Zukunftschancen der jungen Generation in Bayern durch Bildung, Ausbildung und Arbeit sichern“, von dem Kollege Freller zu Recht gesagt hat, daß es sicherlich nicht bei der Aktualität einer Stunde bleiben kann, das Wort ergreife. So wünsche auch ich es; denp es handelt sich um das Kernstück der Eigenstaatlichkeit der Länder, daß wir uns öfter damit beschäftigen.

Bei diesem Thema, meine Damen und Herren, hat die Bayerische Staatsregierung keinerlei Probleme, wenn man realistische Politik und damit einen Ländervergleich macht. Ich weiß, daß Sie das ungern hören. Sie, Frau Kollegin Radermacher, sagen, daß nur 500 Zweidrittelstellen da seien und die anderen 2000 Stellen ein Wahlversprechen seien. Dazu kann ich Ihnen deutlich sagen:
Die Staatsregierung hat das mit Zustimmung der Landtagsfraktion der CSU beschlossen. Ich muß nur eine Einschränkung machen: Wehe, wir würden nicht die absolute Mehrheit bekommen, dann - so habe ich heute von Ihnen gehört - wollen Sie diese Stellen gar nicht bewilligen. Um so mehr brauchen wir die absolute Mehrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU - Widerspruch bei der SPD)

- Das ist eine zulässige Schlußfolgerung. Das wissen auch die Pädagogen.

(Zuruf von der SPD: Wir wollen ja mehr! - Weitere Zu rufe von der SPD)

- Ich weiß, daß Ihnen das wehtut. Sie sind halt viel schlechter. Wenn Sie besser wären, würden Sie hier gewählt werden; das ist eine völlig klare Sache.

(Unruhe bei der SPD)

- Meine Damen und Herren, nun hören Sie sich noch ein paar Dinge an.

Erstens. Wir haben mit Sicherheit - das haben auch die Zahlen des Kollegen Maget bewiesen - hinsichtlich der Beschäftigungsmöglichkeit der jungen Leute die beste Situation aller Länder Deutschlands. Das ist ganz eindeutig. Trotzdem sind mir 7% Jugendarbeitslosigkeit noch zuviel.

Zweitens. In der Ausbildung sind wir trotz der Drop-out-Quote von 20% - genau sind es 19,8% - mit Sicherheit im unteren Bereich. Aber ich will ganz deutlich sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Während man bezüglich des Studiums so häufig über Drop-out redet, redet man viel zuwenig vom Drop-out-Bereich der beruflichen Bildung, der uns mindestens genauso herausfordert, weil es um die ersten Möglichkeiten geht, in den Beruf einzusteigen.

Damit bin ich auch schon bei den Dingen, derentwegen ich mich gemeldet habe. Das parlamentarische Trommelfeuer ist vor der Wahl notwendig. In dieser Situation ist mir das, ganz offen gesagt, aber nicht wert, darauf einzugehen.

(Coqui (SPD): Das fürchten Sie!)

- Herr Coqui, Sie meinen, daß ich das fürchte wie der Teufel das Weihwasser. So kennen Sie mich wohl gut genug, um zu wissen, daß ich das fürchten würde.

Es wurde gesagt, wir hätten die niedrigsten Bildungsabschlüsse. Aber es ist so, daß wir die anspruchsvollsten Bildungsabschlüsse haben.

(Zuruf von der SPD: Das behaupten Sie!)

- Nein, das behaupten wir nicht, sondern das ist nachweisbar. Die TIMMS-Studie hat es wieder bewiesen. Andere Länder scheuen jeden Vergleich, weil wir ganz ohne Zweifel viel verlangen.

Ich mache mir oft Gedanken, ob ich etwas ändern könnte, damit wir weniger als 8% junge Menschen ohne Hauptschulabschluß haben; das will ich schon bekennen. Wenn ich wüßte, mit welchem Trichter das geht, angesichts der so gearteten Situation unserer Gesellschaft und der Bruchstellen, die in keiner Schule so auf uns lasten wie in der Hauptschule, dann würde ich gern dazu beitragen.

Ich tröste mich gar nicht damit, daß die anderen Länder höhere Prozentsätze von Schülern ohne Hauptschulabschluß haben. Vielmehr muß ich Ihnen sagen - dabei denke ich auch an das Problem der Ausländer und der Ausländerkinder -: Die Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen geben sich immense Mühe. Aber es ist so wahnsinnig schwierig, von der Marke herunterzukommen, die nach vielen Erfahrungen sozialpolitisch leider wohl auch jene magische Grenze ist, um die wir herumkrebsen.

In der heutigen Aktuellen Stunde sagen Sie, die Staatsregierung und die sie tragende Fraktion sollten das und

das und das einsehen. Aber was ist denn los mit Ihnen, wenn man einmal den Mut braucht, Modelle zur Untersuchung der Frage zu machen, ob man in sechs Jahren Realschule mehr leisten kann? Sie lassen einfach die ideologische Blende herunter, und dann ist es aus, und sonst gibt es gar nichts.

(Beifall bei der CSU)

Was ist denn los mit Ihnen? Die geschätzte Kollegin Radermacher hat mir nichts anderes zu sagen, als daß Proteste stattgefunden haben. Sie wissen schon, daß bei Ihrer Kollegin Frau Raab die Zahl der Protestierenden Zehntausende betragen hat. Dabei müssen Sie auch die Einwohnerzahlen vergleichen. Dagegen weiß ich, daß die Leute hier zusammengekarrt wurden. Das ist zwar nicht mein Problem, aber mein Problem ist die Frage: Wollt ihr nun Reformen, oder wollt ihr bloß immer darüber reden? Wenn man sie will, muß man konsequenterweise sagen: Wir verlangen mehr Allgemeinbildung in der Oberstufe. Morgen werden wir uns ja über die Hochschulreform und das Hochschulgesetz unterhalten.

Frau Kollegin Münzel, das Wort „Rahmenbedingungen“ ist ein wichtiges Wort. Es hat eine quantitative und eine qualitative Komponente. Bezüglich der quantitativen Komponente wünsche ich mir als Minister eine weitere Besserung. Ich muß mir aber sagen lassen und kann es auch stolz sagen, daß wir das Land sind, welches in quantitativer Hinsicht das meiste tut.

In qualitativer Hinsicht sind eine Reihe von Dingen zu nennen: mehr Zeit für die Schüler, Bewältigung der Probleme der Erziehung mit dem Elternhaus, Gestaltung des BVJ für die berufliche Bildung - die Jugendlichen sollen den Zugang finden -, Gründung von Berufsfachschulen dort, wo die jungen Leute in den einschlägigen Bereichen keinen Ausbildungsberuf in dualer Form bekommen.

Das alles, meine Damen und Herren, haben wir getan und tun wir auch im kommenden Schuljahr. Ich darf Ihnen sagen: Die Anstrengung aller ist es wert, für die Herausforderungen unternommen zu werden, denen die Jugend gegenübersteht. Sie ist mit dieser Staatsregierung und der sie tragenden CSU in der absoluten Mehrheit sehr gut gefahren.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Dodell das Wort.

Frau Dodell (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die CSU-Landtagsfraktion hat gerade in den letzten vier Jahren einen Schwerpunkt auf die Themen Bildung und Ausbildung gelegt. Zunächst hat sich die Projektgruppe „Arbeitswelt von morgen“ mit der Frage befaßt, wie sich Bildung und Ausbildung verändern müssen, damit sich junge Menschen in einer veränderten Arbeitswelt und in einer veränderten Gesellschaft zurechtfinden und behaupten können. Durch alle unsere Initiativen zieht sich wie ein roter Faden, daß die Persönlichkeitsbildung junger Menschen künftig stärker als bisher gefördert werden muß, und zwar insbesondere im Sinne von mehr Eigenverantwortung und mehr Selbständigkeit.

Die sogenannten Schlüsselqualifikationen, die künftig so wichtig sein werden, sollen Schwerpunkte in Bildung und Ausbildung sein. Schon jetzt haben unsere Initiativen in beiden Bereichen einen entscheidenden Schub für die Zukunft gegeben. Im Berufsbildungsbereich haben sie zusammen mit den Maßnahmen im Rahmen des Beschäftigungspakts und den Modernisierungsmaßnahmen des Bundes dazu geführt, daß wir in Bayern die beste Ausbildungsplatzbilanz in ganz Deutschland haben. 1997/98 war diese Bilanz ausgeglichen, wobei ich keineswegs Engpässe verschweigen will, die sich in einzelnen Regionen ergeben haben. Wir dürfen uns nichts vormachen: Eine schnelle Entwarnung wird es nicht geben. Denn wir haben bis zum Jahr 2006 mit steigenden Zahlen von Schulabgängern zu rechnen. Unbeschadet dessen müssen wir weiter an der Thematik arbeiten, und zwar in vielfacher Hinsicht.

Dank gilt der Wirtschaft, die in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang ihre Verantwortung wahrgenommen hat, und dieser Verantwortung wird die Wirtschaft auch in diesem Jahr gerecht. Ende Mai 1998 gab es schon wesentlich mehr abgeschlossene Ausbildungsverträge als im Vergleichsmonat des Vorjahrs, und die Prognosen der Industrie- und Handelskammern gehen von einer Zunahme der Zahl der Ausbildungsverträge von 7%, die der Handwerkskammern von 2% aus.

Mit den umfangreichen Modernisierungsmaßnahmen in der beruflichen Bildung konnten wir seit 1996 28 neue Berufsfelder im Dienstleistungs- und im Informations- und Kommunikationstechnologiebereich schaffen. Über 100 Berufsbilder wurden modernisiert. Zu den Anstrengungen der Wirtschaft gibt der Staat umfassend Hilfestellung, damit verstärkt ausgebildet wird, zum Beispiel durch Darlehen der LfA, mit denen 10000 Ausbildungsplätze bezuschußt werden konnten, oder die verbesserte Koordination zwischen Betrieb und Berufsschulen oder 13 neue Berufsfachschulen, die eine Grundausbildung in Brennpunkten gewährleisten. Auch die Jugend erhält Unterstützung: mit Fahrtkostenzuschüssen und mit Mobilitätshilfen. Wir müssen der Jugend aber auch zurufen, daß sie die Vielfalt der Berufe nützt und sich nicht nur auf einen oder zwei Wunschberufe festlegt. Wir müssen ihr sagen, daß die Ausbildung überhaupt wichtiger ist als die spezielle in einem Beruf, der vielleicht gerade jetzt gewünscht wird, und Ausbildungsstellen blockieren - auch das müssen wir sagen - dürfen Jugendliche schon gar nicht.

Ich glaube, wir können auch in diesem Jahr wieder eine ausgeglichene Ausbildungsplatzbilanz erreichen. Alle Anstrengungen gehen in diese Richtung. Die Wirtschaft weiß sehr genau, daß sie Fachkräfte für die Zukunft ausbilden muß und Verantwortung für die jungen Menschen hat, die mit einer Ausbildung ihre Zukunft bewältigen wollen. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, bei der Ausbildung nur schwarzmalen, verunsichern sie die Jugendlichen

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Klar, wir sind schuld, daß es keine Ausbildungsplätze gibt!)

und bieten ihnen keine Zukunftsperspektive.

(Beifall bei der CSU - Widerspruch bei der SPD)

Präsident Böhm: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Werner-Muggendorfer.

Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Umkehrschlüsse sind eine gefährliche Sache, Herr Kollege Freller und Herr Kultusminister. Denn wer jetzt das Leistungsprinzip im öffentlichen Dienst einführen will, muß sich den Umkehrschluß gefallen lassen, daß es bislang im öffentlichen Dienst keine Leistung gab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Widerspruch bei Abgeordneten der CSU)

Welche Lebenserfahrungen machen junge Menschen, denen der Eintritt in das Berufsleben verwehrt wird?

(Frau Dr. Baumann (SPD): Daß sie überflüssig sind!)

Jugendprobleme sind die Schlüsselprobleme unserer Gesellschaft, und was wir jetzt nicht für Bildung und Ausbildung von Jugendlichen investieren, werden wir später ganz woanders investieren müssen: in Gefängnisse, Drogenentzug und so weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mir geht es darum, die Verantwortung für die nachwachsende Generation deutlich zu machen, zumal Sie uns immer absprechen, daß es uns damit ernst ist. Und auch heute war wieder zu hören, daß es nicht genügend Ausbildungsplätze gibt, weil wir schwarzmalen. Ausbildungs- und Chancenlosigkeit für junge Menschen muß es aber nicht geben, denn noch immer nennt sich unsere Gesellschaft reich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

„Ohne Ausbildung keine Zukunft“ war einmal auf einem Transparent, das Jugendliche trugen, zu lesen. Damit wurde das Problem wohl auf den Punkt gebracht. Über Plakatives sind wir uns schnell einig, Herr Freller, nur bei konkreten Forderungen hapert es. Denn es ist für Sie sehr schwierig, Vorschläge der Opposition anzunehmen, zum Beispiel die sechsjährige Grundschulzeit. Lieber beschränkt man sich wie der Kultusminister darauf, uns vorzuwerfen, wir hätten keinerlei Innovationen - als ob nur das, was die CSU gut findet, auch tatsächlich gut wäre.

(Beifall bei der SPD)

Über die Jahre betrachtet, gibt es immer mehr Bewerberinnen und Bewerber und immer weniger Ausbildungsplätze, und die Bauchaufschwünge, die man jedes Jahr im Frühjahr, wenngleich in unterschiedlicher Qualität ausgeführt, bestaunen kann, werden im Herbst und Winter zu Bauchplatschern. Denn dann stellt man fest, daß wieder einmal nichts passiert ist, daß es wieder viele unversorgte Jugendliche in Bayern gibt.

Zwar soll man vor der eigenen bayerischen Türe kehren - da mögen wir alle verantwortlich sein -, aber was die Bundesrepublik insgesamt angeht, sind Sie von der CSU mitverantwortlich. Denn in Bonn sind sie noch an der Regierung beteiligt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Widerspruch bei Abgeordneten der CSU - Kobler (CSU): Jetzt reden wir dann über Niedersachsen! - Freller (CSU): Der mit den schlechtesten Zahlen will Bundeskanzler werden!)

Im Wahljahr 1994 gab es nur 3% unversorgte Jugendliche. 1997 waren es aber schon wieder 6,1%, und trotzdem meinte Herr Rüttgers von einer Trendwende sprechen zu können. Für 1998 gibt Rüttgers - „Keine Lehrstellenkatastrophe!“; die sehen nur Opposition und Gewerkschaften - auch Entwarnung, obwohl im ersten Halbjahr die Zahl der Bewerber um 3,2% gestiegen, die Zahl der Lehrstellenangebote aber um 3% zurückgegangen ist.

Sie halten dies nicht für dramatisch. Ich beziehe mich hier auf die Bundesrepublik. Einer meiner Nachredner wird die bayerischen Zahlen darstellen. Wir interessieren uns für die bayerischen und die bundesrepublikanischen Verhältnisse. Ich möchte für meine Fraktion folgendes klarstellen: Wir verkennen nicht die Anstrengungen, die Industrie, Handwerk und Handel unternommen haben, um neue Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings gibt es auch in Bayern ein großes Mißverhältnis. So gibt es bei uns regionale und strukturelle Unterschiede, auf die meine Nachrednerin noch eingehen wird. Wir haben gerade im kaufmännischen Bereich Probleme, eine ausreichende Zahl von Lehrstellen zu bekommen. Deshalb appelliere ich hier an den öffentlichen Dienst und alle öffentlichen Verwaltungen, künftig mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

(Kobler (CSU): Der öffentliche Dienst bildet nicht für kaufmännische Berufe aus!)

Präsident Böhm: Frau Kollegin Werner-Muggendorfer, Sie haben Ihre Redezeit überschritten.

Frau Werner Muggendorfer (SPD): Ich möchte noch einen Satz sagen: Frau Kollegin Dodell, ich bin Ihrer Meinung, wenn Sie sagen, daß ein Ausbildungsplatz besser als kein Ausbildungsplatz sei. Auch der öffentliche Dienst verfügt über Eigenbetriebe, in denen er Lehrstellen schaffen kann. Ein Schulabschluß ist eine Eintrittskarte für die Ausbildung. Ebenso ist eine Ausbildung die Eintrittskarte für das Berufsleben. Wir dürfen unseren

jungen Menschen den Eintritt in das Berufsleben nicht verwehren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Der nächste Redner ist Herr Kollege Kobler.

Kobler (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zur SPD: Sie haben diese Aktuelle Stunde als Angriff auf die Regierungsfraktion und die Staatsregierung geplant. Dieses Vorhaben ist in die Binsen gegangen. Herr Kollege Maget, Sie haben gesagt, daß die Zahlen in Bayern völlig negativ seien. Es wird Ihnen jedoch nicht gelingen, Bayern im Bereich der beruflichen Bildung schlechter als andere Bundesländer darzustellen.

(Frau Dr. Baumann (SPD): Nirgendwo sonst gibt es ein solch großes Gefälle!)

Wir haben überragende Zahlen. Sie versuchen am Ende jedes Arbeitsjahres, die Ausbildungskatastrophe an die Wand zu malen. Ich stelle fest, daß Ihnen dies nicht gelungen ist. Ihre Vorhaltungen, in Bayern seien alle Zahlen schlechter, sind unzutreffend. Tatsache ist, daß wir am Ausbildungsstellenmarkt eine deutliche Trendwende zum Besseren haben. In diesem Jahr stehen wesentlich mehr Ausbildungsangebote zur Verfügung. Auf dem Arbeitsmarkt zeigen die Zahlen eine hervorragende Entwicklung an.

(Frau Steiger (SPD): Wissen Sie, wie es in Ober- und Mittelfranken aussieht?)

Die heutigen Arbeitsmarktzahlen belegen klar, daß die Arbeitslosigkeit in Bayern von Mai bis Juni stark zurückgegangen ist. Die Arbeitslosenzahlen sind von Mai bis Juni um 16240 zurückgegangen. Dies ist der stärkste Rückgang seit 1986.

(Dr. Schuhmann (SPD): Das habt ihr vor jeder Wahl gemacht!)

Bayern ist hinsichtlich der Ausbildungsplätze Spitze. Die „Offensive Zukunft Bayern“ hat in diesem Bereich positive Spuren hinterlassen. In Bayern zeigen Staat und Wirtschaft in bezug auf das Ausbildungsangebot Flagge. Wir haben den Durchbruch am Arbeitsmarkt geschafft. In den alten Bundesländern beträgt die Arbeitslosenquote 8,9%, in Bayern 6,3%. Damit gehört Bayern zur Spitzengruppe. Gäbe es in Bayern nicht 68000 arbeitslose Ausländer, wäre unsere Arbeitslosenquote noch um ein Fünftel niedriger. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Frau Steiger (SPD): Jetzt sind wieder Ausländer daran schuld!)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Ausbildungsinitiativen Bayerns sind vielfältig. Der Maßnahmenkatalog umfaßt 43 Einzelmaßnahmen. Diese Maßnahmen haben im Rahmen des Beschäftigungspaktes und des Einsatzes der Privatisierungserlöse Wirkung gezeigt. Ich bin überzeugt, in diesem Jahr wird es in Bayern im Schnitt genügend Ausbildungsplätze geben, auch wenn derzeit regional und sektoral noch Probleme bestehen. Die Bilanz kann in den nächsten Monaten sicherlich ausgeglichen werden. Auch in diesem Jahr wird die Vermittlungskampagne wie in früheren Jahren weiterlaufen. Herr Kollege Maget, ich möchte betonen, daß wir von bestimmten Jugendlichen Mobilität und Flexibilität fordern müssen. Natürlich gibt es in Bayern eine unterschiedliche Versorgung, die zu Problemen führt. Die Statistik hat ihre Tücken. Ich will auf dieses Problem jedoch nicht weiter eingehen.

Derzeit gibt es in Bayern 26249 nicht vermittelte Bewerber. Diesen Bewerbern stehen 20043 unbesetzte Stellen gegenüber. Das bedeutet, daß in Bayern ein Defizit von 6206 Stellen besteht. Dieses Defizit ist bereits um 2000 Stellen geringer als das Defizit des Vorjahres. Obwohl der Zugang von Ausbildungsplatzbewerbern gestiegen ist, haben wir eine bessere Deckungsquote. Das bedeutet, daß derzeit bereits weniger Menschen als im Vorjahr auf einen Ausbildungsplatz zustreben. Gegenüber früheren Jahren sind also deutlich mehr Menschen vermittelt worden. Die genannten 6206 Stellen machen 6% noch nicht vermittelte Bewerber aus. Das sind die bayerischen Zahlen.

In Niedersachsen wurden 16% der Bewerber nicht vermittelt. Das ist, verglichen mit Bayern, das Zweieinhalbfache. Deshalb stelle ich fest, Bayern kann sich auf jeden Fall sehen lassen. Die SPD-Vorstellungen bringen uns nicht weiter. Die Arbeitsplatzsituation bei den Jugendlichen ist in Bayern ebenfalls besser. Bei den unter Zwanzigjährigen liegt die Arbeitslosenquote in Bayern bei 4,6%. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich diese Quote gegenüber dem letzten Jahr um 2% vermindert hat. Andere Bundesländer weisen hier Quoten von 10 bis 13% auf. Angesichts dieser Zahlen hätten Sie sich etwas Besseres einfallen lassen müssen als heute diese Aktuelle Stunde. Die Botschaft der CSU nach draußen lautet: Hätten die anderen Bundesländer ähnlich gute Zahlen wie Bayern, hätten wir 1,6 Millionen weniger Arbeitslose.

(Herbert Müller (SPD): Wo? In Niederbayern?)

Damit hätten wir auch 3% weniger Lohnzusatzkosten.

Präsident Böhm: Meine Botschaft lautet: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Voget.

Frau Voget (SPD): Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich finde es schön, daß die CSU so leicht zufriedenzustellen ist. Der Wettbewerb, wer die besten Zahlen vorzuweisen hat, wird offenbar nach einigem Hin- und Herrechnen immer von Ihnen gewonnen. Das ist jedoch nicht das Thema. Wir sprechen heute über Bildung und Ausbildung. Nach der Statistik des Landesarbeitsamts vom Mai 1998, in der das Verhältnis der unbesetzt gebliebenen Ausbildungsstellen zu nicht vermittelten Bewerbern dargestellt ist. Je 100 Bewerber gibt es in Mittelfranken 58 Ausbildungsstellen, in Oberfranken 58,

in Schwaben 65, in Unterfranken 75, in der Oberpfalz 84, in Niederbayern 95 und in Oberbayern 107. Das ist für sich genommen eine tolle Zahl. Allerdings haben diese insgesamt 30000 jungen Menschen keine freie Berufswahl mehr. Ich darf Sie daran erinnern, daß die freie Berufswahl im Grundgesetz garantiert ist.

(Kobler (CSU): In Bayern stehen 20 000 Plätze zur Verfügung!)

Wir haben de facto keine freie Berufswahl mehr. Sie fordern mehr Mobilität. Ich frage Sie, was Sie dafür tun, damit Jugendliche mobil sein können. Die Jugendlichen haben hinsichtlich der Fahrtkosten und der Unterbringung am Ausbildungsort große Schwierigkeiten. Sie haben den diesbezüglichen Anträgen nicht zugestimmt.

Sie beklagen, daß Jugendliche ihre Ausbildung abbrechen. Das ist zweifellos richtig. Sie müssen sich jedoch vor Augen halten, welche Ausbildungen die Jugendlichen abbrechen. Die Abbrüche finden zumeist in denjenigen Branchen und Betrieben statt, die in hohem Maße gegen die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzes verstoßen. Außerdem werden viele Ausbildungen wegen einer Allergie der Jugendlichen abgebrochen. Deshalb können Sie den Jugendlichen in diesen Fällen nicht unterstellen, daß sie nicht ausbildungswillig seien.

(Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich werden sich die Zahlen noch ändern. Ich erinnere jedoch an eine Diskussion, die an dieser Stelle vor einem Jahr geführt wurde, als Frau Staatsministerin Stamm zugeben mußte, daß ungefähr 2000 Jugendliche, die immer wieder beim Arbeitsamt waren, aus der Statistik verschwunden sind. Diese Jugendlichen haben weder einen Ausbildungsplatz gefunden noch eine berufliche Weiterbildung an einer Schule aufgenommen. Sie sind schlichtweg aus der Statistik verschwunden.

Was machen wir mit diesen jungen Leuten? Die Welt hat sich verändert. Ein junger Mensch ohne Ausbildung hat kaum eine Chance in der Arbeitswelt. Die Betriebe sind so organisiert, daß Arbeitsplätze für An- und Ungelernte nicht bzw. nur ausnahmsweise zur Verfügung stehen. 8,4% der jungen Menschen verlassen die Hauptschule ohne Abschluß. Wir können diese jungen Leute nicht in eine solche Arbeitswelt hineingehen lassen. So geht es nicht.

Daß die Zahlen in Bayern möglicherweise besser sind als anderswo, beruhigt mich überhaupt nicht. Im Gegenteil: Die Zahlen sind für sich betrachtet schlimm genug. Das Gefälle innerhalb Bayerns muß dringend ausgeglichen werden.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema „Schule“. Die Schule soll auf das Leben vorbereiten. Die Schule ist auch der Arbeitsplatz der Kinder und Jugendlichen. Aber so, wie die Schule organisiert ist, ist heutzutage kein moderner Betrieb und keine moderne Verwaltung organisiert. Eine derart hierarchische Organisation von oben nach unten gibt es nirgends mehr. Arbeitgeber erwarten Teamfähigkeit, Zusammenarbeit, selbständiges Arbeiten und Problemlösen. Aber wie ist die Schule organisiert? - Wie das alte Büro der fünfziger Jahre, das in den siebziger Jahren nur noch selten zu finden war und das es heute in der Wirtschaft überhaupt nicht mehr gibt.

Unsere Anträge bezüglich Projektunterricht, bei dem man zusammenarbeiten und selbständig etwas erarbeiten kann, sind hier stets abgelehnt worden. Gelernt wird viel zu verschult nach dem Motto: Gelernt, geprüft und vergessen. Es mag eine Fülle von Wissen vorhanden sein, aber dieses Wissen ist nicht anwendbar. Bayerische Schülerinnen und Schüler haben im Bundesvergleich nicht nur in relativ geringer Zahl hohe Abschlüsse - darauf ist schon eingegangen worden -; sie sind auch weniger als andere in der Lage - Arbeitgeber beklagen sich oft darüber -, selbständig zu denken und zu arbeiten.

Ein Hinweis: Es heißt zwar immer, in der Schule soll man Demokratie lernen, doch die Schülerzeitung wird zensiert. Demokratie und anderes werden in der Schule nur theoretisch gelehrt, aber nicht in der Praxis. Ich möchte, daß die Schule auf das Leben vorbereitet, daß Verantwortung delegiert wird, daß Schulen die Möglichkeit haben, selbständig zu arbeiten, und daß Schülerinnen und Schüler in einem bestimmten Rahmen mitbestimmen können, wie das an jedem anderen Arbeitsplatz auch üblich ist. Dazu haben Sie bis jetzt immer nein gesagt. Aber die Schule soll auf das Leben vorbereiten. Soll das nur mit theoretischem Fachwissen geschehen, oder wie stellen Sie sich das vor?

Mein letztes Thema sind die Ausbildungsplätze. Die Jugendlichen können nichts dafür, in diese Zeit hineingeboren zu sein. Daß die Situation auf dem Arbeitsmarkt schwierig ist, kann nicht als Begründung für den Mangel an Ausbildungsplätzen gelten. Der Staat hat die Pflicht, allen jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, eine Ausbildung zu absolvieren, damit sie sich später ihren Lebensunterhalt selbst verdienen und eigenständig sein können.

In diesem Zusammenhang hilft es nicht, daß die Situation vielleicht woanders noch schlechter ist. Sie haben hier in Bayern die Verantwortung. Tausende von Jugendlichen sind noch nicht mit einem Ausbildungsplatz versorgt. Dagegen haben Sie gefälligst etwas zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Dieser Beitrag war ein Beweis dafür, daß man mit fünf Minuten Redezeit zu Rande kommen kann. Als nächster hat Herr Kollege Dinglreiter das Wort.

Dinglreiter (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Maget hat seine Rede mit einem Zitat aus der Shell-Studie eingeleitet und erwähnt, die Jugendlichen würden ihre Zukunftschancen schlecht beurteilen. Auch wenn diese Aussage, wie Sie selbst wissen, einer differenzierten Bewertung bedarf, muß man sagen, daß sie in gewisser Weise berechtigt ist. Wir befinden uns in einer Umbruchsituation, die manches,

was bisher als Orientierung gegolten hat, nicht mehr gelten läßt. Wir müssen nach neuen Orientierungen suchen.

Herr Kollege Maget, ich denke, es wäre gut, wenn die SPD die Menschen nicht ständig verunsichern würde und statt dessen in eine ernsthafte Diskussion darüber eintreten würde, wie wir den Umbruch bewältigen. Die SPD sollte nicht ständig so tun, als ob die Regierung schuld daran hätte, daß dies oder jenes so oder so ist. Hier haben Sie sich selbst etwas vorzuwerfen.

Sie erklären weiter, die Situation auf dem Ausbildungsmarkt habe sich verschlechtert. Das sehe ich nicht so. Wenn ich die Zahlen ansehe, die unwidersprochen beim Gipfelgespräch zum Arbeitsmarkt beim Ministerpräsidenten dargelegt wurden, stelle ich fest, daß die Zahl der nicht vermittelten Bewerber um Lehrstellen gegenüber dem letzten Jahr um 2200 gesunken ist. Nach Aussagen der Bayerischen Industrie- und Handelskammern sind zum 30. Juni 1998 14% mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen worden als im Vorjahr.

Wenn Sie den Freistaat anprangern und erklären, er würde zu wenig ausbilden, kann ich Sie nur auffordern, in diesem Zusammenhang auch einmal den DGB zu erwähnen. Bitten Sie ihn darum, daß er von den 10 Millionen DM, die er für den Wahlkampf aufwendet, einen Teil für die Schaffung von ein paar Lehrstellen ausgibt.

(Beifall bei der CSU)

Es ist ein Armutszeugnis, daß diese große Organisation im letzten Jahr nur einen Ausbildungsplatz geschaffen hat, obwohl viele Bürostellen vorhanden wären, die dafür die Möglichkeit böten.

(Maget (SPD): Wie viele Ausbildungsplätze hat denn die CSU geschaffen?)

- Die CSU-Landesleitung hat zwei Ausbildungsplätze geschaffen. Das sind 100% mehr, als der DGB geschaffen hat. Insofern ist das eine großartige Leistung.

(Maget (SPD): Wahrscheinlich haben Sie dreimal soviel Leute!)

- Darüber müssen wir wohl nicht reden.

Lassen Sie mich auf einen weiteren Punkt eingehen. Sie haben erwähnt, daß die Arbeitslosenquote bei jungen Leuten ohne Schulabschluß sehr hoch ist. Das ist richtig. Zu bedenken ist aber, daß nicht alle Jugendlichen gleichermaßen qualifiziert sind. Wir wissen, daß heute eine ganze Reihe von jungen Leuten mit den hochgesteckten Ausbildungszielen nicht zurechtkommt. Warum sind Sie nicht mit uns dafür, den Gewerkschaften nahezubringen, daß die Stufenausbildung eingeführt werden soll? Dies wäre vernünftig.

(Maget (SPD): Das haben wir selbst beantragt!)

- Sie müssen mithelfen, daß wir uns bei den Gewerkschaften und im Bund durchsetzen. Ansonsten nützt alles nichts.

Sie sagen weiter, die Jugend muß mehr Zukunftsperspektiven bekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Herbert Müller (SPD))

- Herr Müller, hören Sie auf mit diesem Geschwätz.

(Unruhe)

- Was Sie sonst immer reden, ist doch Geschwätz.

Zur Aussage, daß die Jugendlichen mehr Zukunftsperspektiven erhalten sollten, muß ich fragen: Wo haben junge Leute mehr Ausbildungs- und Berufschancen als in Bayern? Bayern ist führend in neuen Technologien, die die Arbeitsplätze von morgen schaffen. Bayern ist führend bei den Patenten, die die Technologien von morgen in Arbeitsplätze umsetzen. Bayern ist auch führend bei zukunftsfähigen Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

(Frau Steiger (SPD): Das ist nicht wahr!)

- Natürlich ist das wahr. In Bayern kamen 1997 auf 100000 Einwohner 93 Patente. In Niedersachsen waren es 37, und bei Herrn Lafontaine im Saarland nur 22. Hier geht es um die Ausbildungsplätze von morgen und um nichts anderes.

Ich möchte noch einige Anmerkungen machen. Immer wieder wird behauptet, es wird nichts unternommen. Wir haben aber eine ganze Reihe von Dingen erreicht, die die Garantie dafür bieten, daß die Zahl der Ausbildungsplätze in diesem Jahr höher sein wird als im letzten Jahr.

Das Problem ist, daß sich im letzten Jahr 60% der Bewerber auf 7 von über 200 Berufen konzentriert haben. Ich denke, wir sollten diesbezüglich eine ehrliche Diskussion mit den jungen Leuten führen. Es hat noch nie eine Zeit gegeben, in der jeder seinen Wunschberuf erlernen konnte. Es muß auch künftig Bäcker und Metzger geben. Es muß auch Menschen geben, die in den Dienstleistungsberufen der Hotellerie und der Gastronomie tätig sind. Wenn wir diese Berufe ablehnen und sagen, das sind schlechte und unqualifizierte Arbeitsplätze, brauchen wir uns nicht darüber zu wundern, daß niemand diese Berufe ergreifen will.

Ich sagen Ihnen noch etwas. Bei den Gesprächen mit dem Mittelstand habe ich mitbekommen, daß die Handwerksbetriebe, die in den letzten Jahren über Bedarf ausgebildet haben und das gerne weiter tun würden, die Sorge haben, daß bei einer Regierung von SPD und GRÜNEN die Ausbildungsabgabe eingeführt wird und das Jahr 1998 als Berechnungsgrundlage für künftige Jahre dient. Tatsächlich wären dann die, die jetzt über Bedarf ausbilden, die Benachteiligten.

(Frau Steiger (SPD): So ein Schmarren!)

- Das ist kein Schmarren. SoIche Dinge bringen Probleme bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen. Sie müssen eine konstruktive Politik machen. Sie müssen das anerkennen, was gut ist. Tragen Sie das nach draußen und versuchen Sie nicht ständig, etwas zu finden, das Sie kritisieren können. Damit zerstören Sie die Zukunftsperspektiven der jungen Leute.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Nächster Redner ist Herr Kollege Kurz. Ich erteile Ihnen das Wort.

Kurz (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Leider bin ich nur einfacher Mathematik- und Physiklehrer und nicht Sprachwissenschaftler, denn diese Debatte wäre für jemanden, der Reden sprachlich analysieren kann, sehr aufschlußreich gewesen. Ich beginne mit dem Beitrag von Herrn Kollegen Freller, der seine Rede mit dem Bild der Eintagsfliege begonnen hat. Es folgen noch weitere Bilder. Ich möchte aber zunächst auf den Inhalt dieses Bildes eingehen.

Sie haben gesagt, Sie tun etwas. Was hat Ihre Fraktion getan? In Kreuth haben Sie in einem Papier das festgeschrieben, was in den Schulen an Reformansätzen längst vorhanden ist. Ich meine, daß Sie den Reformwillen zumindest festgehalten haben, ist besser, als den Reformwillen an den Schulen zurückzuweisen. Aber das ist noch kein Aufbruch. Das ist keine neue Bildungspolitik. Wenn der Begriff der Eintagsfliege auf etwas zutrifft, dann auf Ihren bildungspolitischen Kongreß.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme zu einer weiteren Äußerung von Herrn FreI-1er. Herr Kollege, Sie sagen sehr oft, wenn ein Kind aus Bayern nach Niedersachsen komme, also in das Land des Bösen, müsse es sich erst einmal zwei Jahre lang hängen lassen.

(Zurufe von der CSU)

Wen motiviert man denn mit solchen Aussagen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ist das eine Aufforderung an bayerische Schulkinder oder eine Ermutigung für Lehrer?

(Zu rufe von der CSU)

Herr Kollege Freller, erinnern Sie sich jetzt einmal an Ihre zehnminütige Rede. Wie lange, glauben Sie, muß sich ein Mensch mit normalem Hausverstand heute auf der Zuhörertribüne „hängen lassen“, um in Ihren Aussagen etwas Politisches entdecken zu können?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Letztes - weil Sie immer von Netzen und Pflöcken sprechen, wenn es um Erziehung geht, Herr Kollege Freller. Können Sie sich vorstellen, daß man erziehen kann, ohne ständig Pflöcke in den Boden zu rammen?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie erklären ständig, ein Netz müsse immer gespannt sein. Da kann ich nur sagen: Fahren Sie einmal in ein südeuropäisches Land; schauen Sie dort bei der Olivenernte zu. Dabei werden Netze auf dem Boden ausgebreitet, und man fährt eine wunderbare Ernte von einem köstlichen, gesunden Nahrungsmittel ein.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kultusminister, Sie ziehen immer wieder Ländervergleiche heran. Ich frage Sie: Herr Minister, ändert sich an einer bayerischen Schule irgend etwas, wenn Sie Vergleiche anstellen?

(Beifall bei der SPD)

In dem Zusammenhang kann es doch nur darum gehen, mit Selbstlob die eigene Stimmung zu verbessern. Dadurch, daß man Vergleiche zieht, ändert sich an den Schulen nichts.

Ein Beispiel. Im Hinblick auf die Einstellungszahlen ziehen Sie einen Vergleich zu Hessen. Die Zahlen sind sicherlich richtig. Aber sagen Sie doch dazu, daß der Ersatzbedarf in Bayern, in einem Land mit 100000 eingestellten Lehrkräften, ungleich höher ist als in Hessen. Wenn Sie bei den Einstellungen auch den Ersatzbedarf einbeziehen, stimmt das Ergebnis nicht. Die Rechnung ist viel einfacher: 20000 Kinder mehr als im Vorjahr waren in diesem Schuljahr an bayerischen Schulen. Für zusätzliche 20000 Kinder brauche ich ungefähr 10000 Lehrer mehr.

(Lachen bei der CSU)

Haben Sie in diesem Schuljahr 10000 Planstellen für Lehrkräfte geschaffen? Nein, Sie haben es nicht getan.

(Lachen bei der CSU)

- 1000, Entschuldigung.

(Zurufe von der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Nennen Sie die Zahlen bitte noch einmal, Herr Kollege.

Kurz (fraktionslos): Für zusätzliche 20000 Kinder brauchen wir 1000 Lehrkräfte mehr. Haben Sie 1000 Lehrkräfte eingestellt?

(Zuruf von der CSU: Sie sind Mathematiklehrer? - Gegenruf des Abgeordneten Kobler (CSU): Das ist neue Mathematik! - Weitere Zurufe von der CSU)

- Für meinen Versprecher entschuldige ich mich.

(Zurufe von der SPD)

Herr Minister, ich kann mir vorstellen, daß Sie nach dieser Debatte sagen werden: Bei uns herrscht Aufbruchsstimmung. Alles ist besser als anderswo, alles ist gut. - Ich glaube, daß eine Debatte wie die heutige den Kindern an den Schulen nichts nutzt. Herr Minister, wenn Sie eines Tages Ihr Amt aufgeben werden, wird man von Ihnen als einem langjährigen Kultusminister sprechen.

(Dr. Weiß (CSU): Guter Mann!)

Es wäre doch schöner, wenn Sie dann ein berühmter Kultusminister wären, jemand, der eine richtige Reform durchgesetzt hat.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU: Er ist berühmt und schön!)

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Nächster Redner ist Herr Kollege Wahnschaffe. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege.

Wahnschaffe (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn man das Fazit der heutigen Diskussion zieht, das Fazit dessen, was die CSU zu dem in Rede stehenden Thema zu sagen hatte, kann man nur eines sagen: Meine Damen und Herren von der CSU - Herr Kultusminister, ich beziehe Sie ausdrücklich ein -, Sie wollen sich an den Problemen in diesem Lande vorbeimogeln, und zwar mit dem Argument, in Bayern sei alles besser. Herr Kollege Kobler hat sogar davon gesprochen, die hiesigen Zahlen seien hervorragend. Herr Kollege Kobler, ist es so „hervorragend“, daß die Zahl der Arbeitslosen seit Amtsantritt von Ministerpräsident Stoiber um 100000 gestiegen ist? Ist das eine „hervorragende Zahl“?

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Ist es „hervorragend“, daß sich die Relation der Zahl der Bewerber zu der Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen von 1990 bis 1996 - das stand übrigens im bayerischen Armutsberjcht, den Sie nicht veröffentlicht haben, meine Damen und Herren von der Staatsregierung - in Südbayern um 12,3 und in Nordbayern um 27 Prozentpunkte verringert hat? Das bedeutet - dieser Entwicklung haben Sie sich nicht gestellt -: Die Probleme sind nicht weniger geworden, sondern haben sich sogar verschärft.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

In jedem Jahr erleben wir hier eine Hängepartie, und zwar eine Hängepartie auf dem Rücken vieler Jugendlicher, die eine angemessene Ausbildungsstelle suchen, eine solche aber nicht finden. Das ist darauf zurückzuführen, daß Sie immer nur mit dem Prinzip Hoffnung argumentieren, meine Damen und Herren von der CSU. Sie sagen immer nur: Es wird schon besser werden.

In dem Zusammenhang will ich ein Beispiel anführen. Ich habe gestern das Regensburger Werk der Firma BMW besucht, also eines Unternehmens, dem man bescheinigen muß, daß es sein wirtschaftliches Handeln vorausschauend plant und dafür gesorgt hat, daß in Bayern nicht nur Arbeitsplätze erhalten, sondern auch geschaffen wurden. Nun haben wir die glückliche Situation, daß im Regensburger Werk im Zuge der Einführung eines neuen Modells 1500 zusätzliche Arbeitskräfte benötigt werden. Das ist erfreulich, wird der zusätzliche Bedarf doch zu einer Entspannung der Situation auf dem Arbeitsmarkt führen.

Die BMW-Führung klagt jetzt, man bekomme nicht genügend qualifiziertes Personal. Auf die Frage, wie viele Mitarbeiter denn in dem Werk ausgebildet würden, sagen dieselben Leute: Wir mußten doch mit Blick auf die Arbeitsmarktlage etwas zurückhaltend operieren. Wir haben 160 Auszubildende. - Das ist eine schöne Zahl. Doch angesichts des eben angesprochenen Bedarfs bei BMW und im Hinblick auf den künftigen Bedarf ist es einfach unzureichend, wenn die Zahl der Ausbildungsstellen - so ist es geplant - nur auf 200 erhöht wird. Damit ist genau die Situation geschildert, die wir in Bayern haben: Wirtschaft und Verwaltungen operieren viel zu vorsichtig. So sind viel zu wenige Arbeitskräfte ausgebildet worden.

Herr Kollege von Redwitz, ich komme nun zu einer anderen Zahl aus dem Armutsbericht, die Ihnen zu denken geben sollte. Herr Staatsminister Dr. Zehetmair hat von den 8% Schülerinnen und Schülern gesprochen, die die Schulen ohne jeden Abschluß verlassen. Genauso bedenklich ist, daß 5% derjenigen, die eine Ausbildung beginnen, diese beenden, ohne einen qualifizierten Abschluß erworben zu haben. Das sind diejenigen, die später zwangsläufig auf dem Arbeitsmarkt die Verlierer sind. Das sind diejenigen, die entweder überhaupt keine Arbeit finden oder, wenn ihnen dies doch gelungen ist, als erste wieder auf der Straße stehen. Darum muß es gehen. Herr Kollege von Redwitz, so müssen alle Anstrengungen darauf ausgerichtet werden, in Zukunft über und nicht für den gegenwärtigen Bedarf auszubilden Meine Damen und Herren von der CSU, wir müssen es Ihnen immer wieder sagen: Sie haben bisher zuwenig getan, um die Ausbildungsstellensituation in Bayern zum Positiven hin zu verändern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es hilft auch nichts, wenn hier immer wieder gesagt wird, die Jugendlichen müßten mehr Flexibilität zeigen. Diese Forderung ist zwar in gewisser Weise richtig, und zwar im Hinblick darauf, welche Lehrstellenangebote man annimmt; aber sie gilt nur unter der Voraussetzung, daß sich auch eine berufliche Perspektive bietet. Wenn man nämlich von Jugendlichen, die in der nördlichen Oberpfalz leben, verlangt, daß sie nach Oberbayern gehen, weil dort noch Ausbildungsplätze frei sind, dann schafft man nur neue Probleme. So etwas kann keine Perspektiven schaffen. Wir sollten vielmehr bestrebt sein, daß die Regionen in Bayern gestärkt werden, in denen es bisher zu wenige Ausbildungsplätze gibt. Denn nur auf diese Weise erreichen wir es, daß dort bestimmte Strukturen wachsen und daß die Grenzgebiete nicht weiter ausbluten, während es in Oberbayern immer voller wird.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Nächster Redner ist Herr Kollege Herbert Fischer. Bitte, Herr Kollege.

Herbert Fischer (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich auf das Thema „Arbeitschancen für die jungen Menschen in Bayern" beschränken. Lieber Herr Kollege Wahnschaffe, wir lassen nicht zu, daß sich die SPD an den Problemen von Niedersachsen und den anderen SPD-regierten Ländern vorbeimogelt. Sie haben von dem BMW-Werk gesprochen. Als das Werk entstanden ist, hat BMW 3000 Arbeitsplätze garantiert. Das wurde von der SPD angezweifelt. In der Zwischenzeit haben wir 7000 Arbeitsplätze. Wenn irgendwo ein neues Werk entsteht wie bei uns in Neumarkt bei der Firma Pfleiderer, erlebe ich es immer wieder, daß die SPD auf der Seite der Verhinderer und Blockierer steht.

(Zustimmung bei der CSU - Widerspruch bei der SPD)

- Das hören Sie ungern. Sie müßten einmal mit unseren Betriebsräten diskutieren. Wer hat denn dort die Arbeitsplätze geschaffen und gesichert? Die SPD sicherlich nicht.

(Walter Engelhardt (SPD): Mit welchen Betriebsräten reden Sie denn?)

Was haben Sie eigentlich für ein Gefühl, wenn Sie heute hier im Bayerischen Landtag über die Situation am Arbeitsmarkt und bei der Ausbildung diskutieren? Die Veröffentlichungen der Bundesanstalt für Arbeit von heute - wie schon die vom Mai und vom Juni - müssen doch für Sie deprimierend und niederschmetternd sein.

(Zurufe von der SPD)

Wenn Sie selber den Vergleich mit Niedersachsen und dem Saarland ziehen würden, dann müßten Sie bei diesem Thema immer unglaubwürdiger werden.

Vieles hat zu der besseren Situation in Bayern beigetragen: Viele mittelständische Betriebe haben zum Beispiel mehr für Ausbildungsplätze getan, als es ihre moralische Pflicht gewesen wäre. Auch andere Betriebe, Betriebe der Großindustrie wie bei uns in Neumarkt die Firma Pfleiderer, haben die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht. Das muß nicht uneigennützig sein, das wissen wir alle. Denn die Betriebe müssen auch erkennen, daß sich die Ausbildung auch für sie selbst auszahlt.

Wir haben eine ausgeglichene - ich betone nochmals: eine ausgeglichene - Situation bei den Ausbildungsstellen in Bayern. Frau Kollegin Voget, wenn Sie Zahlen nennen, müssen Sie sie auch korrekt angeben. Wir haben derzeit 27726 noch nicht vermittelte Bewerber. Dem stehen 20588 unbesetzte Ausbildungsstellen gegenüber. Sie wissen ganz genau, daß nur ein geringer Teil der offenen Stellen dem Arbeitsamt gemeldet wird.

Jetzt nenne ich Ihnen die aktuellsten Zahlen der arbeitslosen Jugendlichen, die gerade zwei Stunden alt sind; ich habe sie mir durchgeben lassen. In Bayern beträgt der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen unter 25 Jahren 5,4%, in Niedersachsen 10,8%, im Saarland 12,2%. Die Arbeitslosenquote in Bayern lag im letzten Monat noch bei 5,9%, der Bundesdurchschnitt lag bei 10,6%. Wir haben einen überdurchschnittlichen Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in Bayern; da kann überhaupt kein anderes Bundesland in Deutschland mithalten. Ob Sie es gern hören oder nicht - wir sind das Land, in dem die jungen Menschen weitaus bessere Chancen haben, eine Lehrstelle zu finden, als in den SPD-regierten Bundesländern.

(Beifall bei der CSU - Widerspruch bei der SPD)

Das hat auch etwas mit dem Beschäftigungspakt in Bayern zu tun, der in den letzten zwei Jahren zu 52000 neuen Arbeitsplätzen geführt hat. Zirka 150000 Arbeitsplätze konnten über den Beschäftigungspakt gesichert werden. Ich habe schon von der ausgeglichenen Situation bei den Ausbildungssplätzen gesprochen. Von dem Konzept der Staatsregierung - Fahrkostenzuschüsse, Mobilitätsprämie, Errichtung zusätzlicher Berufsfachschulen, Zuschüsse für Betriebe, die zusätzlich benachteiligte Jugendliche ausbilden - können wir noch weitere Verbesserungen erwarten. Wie Frau Kollegin Dodell gesagt hat, haben wir es in der Zukunft sicher mit weiter steigenden Zahlen von Schulabgängern zu tun. Deshalb wird es bei uns keinen Stillstand geben. Auch dies ist einmalig in der Bundesrepublik: Die Ausbildungsakquisiteure werden auch einiges dazu beitragen, daß das Lehrstellenangebot erweitert wird.

Ich denke, vieles hätte auch bundesweit greifen können, wenn Sie über den Bundesrat früher mitgemacht hätten. Meine Damen und Herren von der SPD, Sie sollten eigentlich jetzt mit dem Motto in den Wahlkampf ziehen: Wählen Sie am 13. September die CSU, damit Bayern auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten das erfolgreichste Land in Deutschland bleibt.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Nächster Redner ist Herr Staatssekretär Dr. Merkl. Herr Staatssekretär, ich erteile Ihnen das Wort.

Staatssekretär Dr. Merkl (Sozialministerium): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eine Aktuelle Stunde ist eine Stunde des Parlaments. Ich wollte mich zwar wiederholt nach Beiträgen der Kolleginnen und Kollegen der Opposition melden, aber ich habe bewußt gewartet, bis die Rednerliste des Parlaments erschöpft war, um ein paar Anmerkungen zu machen.

Meine Damen und Herren: „Ohne Jugend keine Zukunft" - wir haben solche Äußerungen heute mehrmals gehört. Unsere Jugend ist ein Teil des Gemeinwesens, das auf dem Zusammenwirken der Generationen aufbaut. Was wären wir ohne die Lebenserfahrung und die Weisheit der Älteren, ohne den Fleiß und die Schaffenskraft der Berufstätigen, aber auch ohne die Neugier und den Tatendrang der Jugend?

Heute geht es also um die zuletzt genannte Gruppe, und ich denke, wenn ich das, was gesagt wurde, noch einmal Revue passieren lasse, sind sich in diesem Hause alle Fraktionen in der Zielsetzung einig, die sich in dem Satz zusammenfassen läßt: Je intensiver vorbereitet auf das Berufsleben, je besser qualifiziert unsere jungen Menschen sind, desto eher können sie die Aufgabe erfüllen, die wir ihnen zuschreiben, nämlich Motor für das Ganze zu sein.

In dieser Zielsetzung sind sich wohl alle in diesem Haus einig. Die Frage ist dann: Ist der richtige Weg eingeschlagen? Doch ich glaube, selbst da kann die Opposition nichts an dem Weg aussetzen, der bisher von der Staatsregierung und von der Mehrheitsfraktion eingeschlagen wurde. Deshalb frage ich mich, was dieses Thema heute hier soll. Man denkt sich als Opposition doch etwas, wenn man ein Thema einbringt. Bei diesem Thema, denken Sie: Wir können die Staatsregierung und die Mehrheitsfraktion vorführen.

Nun ist mir ein paarmal aufgefallen, daß die Opposition immer dann am lautesten aufgeschrien hat, wenn ein Vergleich mit anderen Bundesländern vorgetragen wurde. Meine Damen und Herren, das kann ich mir schon vorstellen. Ein Ländervergleich ist für Sie so wie das Weihwasser für den Teufel. Das fürchten Sie.

(Zurufe von der SPD)

- Doch, denn sonst hätten Sie nicht so aufgeschrien.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Frau Kollegin Dodell hat Zahlen genannt. Herr Kobler hat Zahlen vorgetragen. Kollege Fischer hat Zahlen genannt. Jedesmal, wenn Zahlen vorgetragen wurden, dann ist die Lautstärke so stark angestiegen, daß ich dort oben kaum etwas verstanden habe. Das bedeutet ganz einfach, Sie glauben, das darf nicht sein, daß diese Zahlen jetzt vorgetragen werden. Denn diese Zahlen beweisen, daß Ihre Angriffe falsch und daß die Behauptungen der Regierungsfraktion richtig sind.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir können natürlich sagen, wir schauen jetzt nur auf Bayern. Nein, wir müssen auch auf die anderen Länder sehen, denn wenn wir feststellen, die machen etwas besser als wir, dann müssen wir versuchen, das nachzumachen. Wenn wir sehen, sie machen etwas schlechter, dann können wir zufrieden sagen, wir haben etwas Richtiges gemacht, aber das bedeutet nicht, daß wir uns auf diesen Erfolgen ausruhen.

(Zuruf des Abgeordneten Coqui (SPD) - Unruhe bei der SPD)

Wenn ich Ihnen sage, unsere Jugend hat bessere Zukunftsperspektiven als die Jugendlichen in den anderen Bundesländern, dann können wir das mit Zahlen belegen. Eine dieser Zahlen hat Herr Kollege Fischer gerade vorgetragen, nämlich die Quote der Jugendarbeitslosigkeit. Das haben Sie eigentlich gar nicht so richtig zur Kenntnis genommen.

Derzeit reisen Ihre Spitzenpolitiker durch Bayern und versuchen, uns zu erklären, wie man es richtig machen muß. Dabei haben gerade diese Leute keinen Grund, dies zu tun. Denn eine dieser Zahlen zeigt, daß die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen bis 25 Jahren im Juni bei uns - diese Meldung ist, wie Kollege Fischer sagte, erst ein paar Stunden alt - 5,4% betrug und in Niedersachsen genau doppelt so hoch war, nämlich 10,8%. Ich empfehle Ihnen, Ihren Genossen Schröder einmal zu fragen: Lieber Genosse, was tust du denn, damit du auch auf so gute Zahlen kommst wie Bayern; das würde uns nämlich im Wahlkampf guttun.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Jetzt kommen wir zu den Ausbildungsplätzen. Auch da hatten wir im letzten Jahr die beste Situation aller Bundesländer; auch heuer haben wir die beste Situation. Es wird sich zeigen, daß wir wieder an der Spitze liegen.

(Frau Biedefeld (SPD): Was sagen denn die arbeitslosen Jugendlichen dazu?)

- Ich habe Ihnen gerade gesagt, daß Sie die arbeitslosen Jugendlichen in anderen Ländern fragen sollen. Wir bemühen uns, die 5,4% noch weiter zu senken, den Jugendlichen eine noch bessere Situation anbieten zu können. Wenn wir davon ausgehen, daß 3 bis 4% aus Gründen, die ich jetzt nicht aufzählen will, nicht vermittelt werden können, dann haben wir mit 1 bis 2% weitgehend Vollbeschäftigung. Wir werden uns anstrengen, um auch noch die Vollbeschäftigung zu erreichen.

Meine Damen und Herren, all dieses gibt Grund zum Optimismus. Ich will die Zahlen, die jetzt von den Rednern der CSU-Fraktion genannt wurden, nicht wiederholen. Dennoch: Wir haben gesagt, daß dies noch nicht das Ende der Fahnenstange sei. Wir werden uns bemühen, weitere Maßnahmen zu finden, um noch mehr Ausbildungsstellen zur Verfügung zu stellen.

Herr Kollege Wahnschaffe hat gesagt: Was nützt es denn den jungen Leuten, wenn in Oberbayern noch Ausbildungsplätze vorhanden sind, nicht aber in Oberfranken oder in der Oberpfalz? Natürlich kennen wir diese Situation. Daher haben wir im vorigen Jahr eine Mobihtätshilfe eingeführt, nämlich 350 DM für diejenigen, die an einen anderen Ausbildungsort gehen und sich dort ein Zimmer nehmen müssen. Jetzt haben wir uns überlegt: Führt das denn auf den richtigen Weg? Wir haben gesehen, daß dies nicht so angenommen worden ist. Dazu muß ich schon sagen: Wenn ich als junger Mensch wirklich das Ziel habe, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, diesen aber nicht in Hof, sondern in Naila finde, dann würde ich nach Naila gehen, würde die 350 DM nehmen und mir ein Zimmer suchen.

(Beifall bei der CSU - Frau Biedefeld (SPD): Das ist die Familienpolitik der CSU!)

Wenn diese Hilfe nicht angenommen wird, dann können Sie dafür nicht dem Staat die Schuld geben, sondern dann müssen Sie woanders fragen.

Für heuer haben wir ein anderes Maßnahmenbündel beschlossen, unter anderem Fahrtkostenzuschüsse bis zu 350 DM monatlich, wenn der Ausbildungsplatz verkehrsungünstig gelegen ist. Die jungen Leute können also sagen: Wir wollen zwar nicht in einer anderen Stadt wohnen, aber wir wollen in einer anderen Stadt ausgebildet werden und fahren am Abend wieder nach Hause. Dafür gibt es Fahrtkostenzuschüsse.

Wir haben eine Mobilitätshilfe beschlossen. Junge Menschen, die sich für einen täglich nicht erreichbaren Ausbildungsplatz entscheiden, erhalten 3000 DM, wenn sie die Ausbildung durchziehen. Am Schluß der Ausbildung erhalten sie diese 3000 DM als Prämie. Diese Prämie entspricht dem Meisterpreis, den diejenigen erhalten, die zu den besten 10% gehören. Ich denke, man muß anerkennen, daß wir mobile Jugendliche honorieren.

Ferner gibt es Zuschüsse in Höhe von 5000 DM für Betriebe, die zusätzlich zu bereits vorhandenen Ausbildungsverhältnissen noch einen benachteiligten Jugendlichen in Ausbildung nehmen.

Schließlich haben wir zusätzliche Ausbildungsplätze an Berufsfachschulen in Regionen eingerichtet, in denen es noch spürbare Engpässe am Ausbildungsstellenmarkt gibt.

Die von mir genannten Beispiele sind nur ein Teil des riesigen Maßnahmenbündels, von dem ich und andere Kollegen vorher schon gesprochen haben. Meine Damen und Herren, ich will jetzt nicht zu lange reden, um die Diskussion nicht noch hinauszuzögern. Ich denke, die heutige Diskussion im Rahmen dieser Aktuellen Stunde hat gezeigt: Wir haben eine ausgesprochen gute Situation auf dem Arbeitsmarkt für Jugendliche und eine gute Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt für Jugendliche, aber es gibt nichts, was nicht noch verbessert werden könnte. Einen Teil des Maßnahmenbündels, das wir einleiten wollen, um zu dieser Verbesserung zu kommen, habe ich Ihnen vorgestellt. Ich denke, Bayern kann stolz auf das sein, was es hier geleistet hat. Die anderen Länder sind noch weit hintendran.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Um das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Wiesheu gebeten. Zehn Minuten, Herr Staatsminister. Bei der Aktuellen Stunde werden die Redezeiten nicht zusammengezählt. Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich will nur auf ein paar Bemerkungen von Herrn Wahnschaffe eingehen.

Erstens. Die Aufforderung, daß Betriebe über den Bedarf hinaus ausbilden sollen, ist richtig. Dazu werden sie auch aufgefordert. Wir müssen den Betrieben aber auch immer wieder erklären, daß die früheren Forderungen von SPD und Gewerkschaften, wonach die Betriebe nach der Ausbildung eine Übernahmeverpflichtung haben, hinfällig sind. Es läßt sich nicht miteinander verknüpfen, zum einen zu fordern, über den Bedarf hinaus auszubilden, zum anderen aber zu verlangen, alle zu übernehmen. So realistisch muß man sein.

Zweitens. Es ist von Ihnen gesagt worden, daß zuwenig getan werde, um die Situation zu ändern. Dies ist falsch. Ich hatte bereits im Dezember mit den Kammern Besprechungen im Hinblick auf diese Situation und hinsichtlich der Anstrengungen der Wirtschaft in diesem Jahr. Ebenso haben wir mit den Verbänden der Wirtschaft darüber gesprochen und versucht, die Betriebe zu mobilisieren. Kollege Spitzner und ich sind jetzt in jedem Kammerbezirk unterwegs, um Betriebe zu motivieren, mehr auszubilden, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie sagen, daß dies keine Früchte trägt, dann ist auch dies falsch. Wenn man sich die Ausbildungsabschlüsse im Jahresmonatsvergleich betrachtet, sieht man, daß wir sowohl im März als auch im April und im Mai einen deutlichen Zuwachs im Vergleich zum letzten Jahr gehabt haben. Die Zuwächse bei den Handwerkskammern liegen generell zwischen 2 und 3%, manchmal sogar höher. Das Handwerk bildet aber sowieso auf sehr hohem Stellenniveau aus. Bei den Industrie- und Handelskammern wurden im Vergleich zum Vorjahresmonat zwischen 7 und 15% mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen. Wer behauptet, es werde zuwenig getan, redet um der politischen Polemik willen an der Wirklichkeit vorbei.

(Beifall bei der CSU)

Verehrte Kollegen von der Opposition, die Zahlen können Sie auch in Wahlkampfzeiten nicht wegargumentieren; an den Fakten können Sie nicht vorbei.

(Frau Biedefeld (SPD): Sie auch nicht!)

Dazu muß man auch wissen, daß noch eine Reihe von Stellen vorhanden sind, die dem Arbeitsamt nicht gemeldet werden. Erfahrungsgemäß werden dann, wenn mehr Lehrstellen nachgefragt werden, nicht so viele Lehrstellen von den Betrieben direkt beim Arbeitsamt angemeldet, da die Lehrlinge direkt zu den Betrieben kommen. Dies sind die Erfahrungen, die die Arbeitsämter und die Betriebe haben. Meine Damen und Herren, an diejenigen, die Lehrstellen haben und zusätzlich neue Ausbildungsverträge abschließen, muß man einen Appell richten. Im letzten Jahr hat es leider mehrere tausend Abschlüsse gegeben, nach denen die Lehrlinge neue Stellen angetreten haben, aber dem bisherigen Vertragspartner nicht mitgeteilt haben, daß sie nicht kommen. Dadurch blieben mehrere tausend Stellen unbesetzt.

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Herr Staatsminister, aus gegebenem Anlaß muß ich mitteilen, daß nach § 75 der Geschäftsordnung Zwischenfragen in der Aktuellen Stunde nicht gestellt werden können. Herr Staatsminister, bitte fahren Sie fort.

Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium) (vom Redner nicht autorisiert): Auch dies gehört zur Betrachtung des Gesamtproblems. Man muß nicht nur an die Betriebe appellieren - dies tun wir -, ausreichend Lehrstellen zur Verfügung zu stellen, sondern auch an die Lehrlinge, mit Rücksicht auf andere sorgsam mit den Lehrstellen umzugehen. Noch einmal, Herr Kollege Wahnschaffe: Was Sie behauptet haben, ging an der Wirklichkeit vorbei.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 3

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Fachhochschulen Amberg-Weiden, Ansbach, Deggendorf, Hof und Ingolstadt sowie der Abteilungen Aschaffenburg der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt-Aschaffenburg und Neu-Ulm der Fachhochschule Kempten-Neu-Ulm (Drucksache 13/11206)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die Allgemeine Aussprache. Wortmeldungen sehe ich keine. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 13/11206 und die Beschlußempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur auf Drucksache 13/11480 zugrunde. Der federführende Ausschuß für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Herr Kollege Kurz. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Gibt es Stimmenthaltungen? - Ich sehe auch keine. So beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 60 der Geschäftsordnung unmittelbar in die Schlußabstimmung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Dies ist meines Erachtens das gesamte Hohe Haus. Gibt es Gegenstimmen, die dann auf die gleiche Weise angezeigt werden müssen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Herr Kollege Kurz hat auch zugestimmt. Das Gesetz ist angenommen. Es hat den Titel: „Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Fachhochschulen Amberg-Weiden , Ansbach, Deggendorf, Hof und Ingolstadt sowie der Abteilungen Aschaffenburg der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt-Aschaffenburg und Neu-Ulm der Fachhochschule Kempten - Neu-Ulm“.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 4

Gesetzentwurf des Abgeordneten Kurz

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Drucksache 13/7986)

- **Zweite Lesung -**

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. - Ich sehe keine Wortmeldungen. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 13/7986 und die Beschlußempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport auf der Drucksache 13/10676 zugrunde.

Der federführende Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt Zustimmung in einer Neufassung. Der endberatende Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmt dieser Neufassung zu, allerdings mit der Maßgabe, daß § 2 folgende Fassung erhält: „Dieses Gesetz tritt am 1. August 1998 in Kraft“. Ich verweise auf die Drucksache 13/10676.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport unter Berücksichtigung der vom endberatenden Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen vorgeschlagenen Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Dies ist meines Erachtens das gesamte Hohe Haus einschließlich des Herrn Kollegen Kurz. Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Gibt es Stimmenthaltungen? - Stimmenthaltungen sehe ich auch nicht.

Da ein Antrag auf Zweite Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 60 der Geschäftsordnung unmittelbar in die Schlußabstimmung ein. Ich schlage vor, sie wieder in einfacher Form durchzuführen. - Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses unter Berücksichtigung der vom endberatenden Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen vorgeschlagenen Änderung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das ist meines Erachtens einschließlich des Herrn Kollegen Kurz das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Stimmenthaltungen gibt es ebenfalls nicht.

Das Gesetz ist angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen“.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 5

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des kommunalen Wirtschaftsrechts und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften (Drucksache 13/10828)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Die Redezeit wurde unter den Fraktionen vereinbart. - Eine Wortmeldung wird zurückgezogen. Dann gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 13/10828 und die Beschlußempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit auf Drucksache 13/11233 zugrunde.

Der federführende Ausschuß für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, daß in § 1 Nummer g der Artikel 87 Absatz 2 Satz 2 eine neue Fassung erhält - Jetzt kann ich mitten in der Abstimmung nichts mehr machen. - Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmte bei seiner Endberatung der Fassung des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit zu. Ergänzend schlägt er noch vor, in § 9 Absatz 1 Satz 1 als Datum des Inkrafttretens den 1. September 1998 einzufügen. Ich verweise insoweit auf Drucksache 13/11233.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zuruf)

- Das ist die Zweite Lesung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des kommunalen Wirtschaftsrechts und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften. - Ich darf noch einmal um Zustimmung bitten.

(Unruhe)

Es ist hier im Saal unglaublich laut. Ich verstehe manchmal wirklich meine eigenen Worte nicht. Ich könnte natürlich noch lauter sprechen, aber das wäre auch unangenehm. Wir sind bei der Zweiten Lesung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des kommunalen Wirtschaftsrechts und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CSU und Stimmen aus der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das sind die Fraktion der SPD und Herr Kollege Kurz.

Es wurde ein Antrag auf Dritte Lesung gestellt.

(Oh-Rufe bei der SPD)

- Einen Augenblick. Ich will die Geschäftsordnung zitieren. In § 56 Absatz 1 heißt es „Eine Dritte Lesung erfolgt aufgrund der Beschlüsse der Zweiten Lesung.“ Herr Kollege Glück hat das Wort.

Alois Glück (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, jetzt müssen wir miteinander ein vernünftiges Verfahren finden. Es gab hier in der Tat noch einen internen Abstimmungsbedarf wegen einer Meinungsverschiedenheit in einer Frage. Diese Frage ist geklärt worden. Im Hinblick auf die Modalitäten ist aber nicht rechtzeitig eine Abklärung erfolgt. Ich möchte Ihnen nicht zumuten, daß Sie jetzt in der Dritten Lesung damit quasi überfallen werden. Deshalb schlage ich vor, an dieser Stelle die Beratung auszusetzen, daß unser Berichterstatter, Ihr Berichterstatter und die Fraktionen zunächst informiert werden und wir dann das weitere Verfahren abklären. Ansonsten wäre es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht überschaubar.

(Beifall bei der CSU - Frau Renate Schmidt (SPD): Zustimmung!)

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Es ist ein Antrag auf Aussetzung der Beratung gestellt. - Widerspruch erhebt sich nicht. Dann setzen wir die Beratung aus und nehmen sie zu gegebener Zeit wieder auf.

Ich rufe jetzt auf:

Tagesordnungspunkt 6

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (Drucksache 13/11014)

- **Zweite Lesung -**

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. - Wortmeldungen sehe ich keine. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 13/11014 und die Beschlußempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen auf Drucksache 13/11387 zugrunde.

Der federführende Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen empfiehlt die unveränderte Annahme.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CSU, SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Herr Kollege Kurz. - Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? - Ich sehe auch keine Stimmenthaltungen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 60 der Geschäftsordnung unmittelbar in die Schlußabstimmung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. - Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind alle Fraktionen des Hohen Hauses und Herr Kollege Kurz. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen - Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine Stimmenthaltungen.

Das Gesetz ist somit angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes“.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 7

Gesetzentwurf der Abgeordneten Alois Glück, Dr. Kempfler, Loscher-Frühwald und anderer und Fraktion (CSU)

zur Änderung der Bayerischen Bauordnung (Drucksache 13/11131)

- Zweite Lesung -

dazu: Änderungsantrag der Abgeordneten Dinglreiter, Ihle, Dr. Kempfler und anderer und Fraktion (CSU) (Drucksache 13/11231)

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. - Wortmeldungen sehe ich nicht. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 13/11131, der Änderungsantrag auf Drucksache 13/11231 und die Beschlußempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Grenzland auf Drucksache 13/11237 zugrunde.

Der federführende Ausschuß für Wirtschaft, Verkehr und Grenzland empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe einer Neufassung des § 1. Dem stimmte der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen bei seiner Endberatung zu. Als Datum des Inkrafttretens schlägt er vor, in § 2 den „1. August 1998“ einzufügen.

Wer dem Gesetzentwurf in der vom endberatenden Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen vorgeschlagenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen von CSU, SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Herr Kollege Kurz. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine Stimmenthaltungen. Es ist so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 60 der Geschäftsordnung unmittelbar in die Schlußabstimmung ein. Ich schlage vor, sie ein einfacher Form durchzuführen. Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das ist meines Erachtens das gesamte Hohe Haus einschließlich des Herrn Kollegen Kurz. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Niemand steht, dann gibt es keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Sehe ich auch nicht. Das Gesetz ist so angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung der Bayerischen Bauordnung“.

Der Änderungsantrag der CSU, Drucksache 13/11231, wurde vom federführenden Ausschuß für Wirtschaft, Verkehr und Grenzland für erledigt erklärt. Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall. Dann hat dieser Änderungsantrag seine Erledigung gefunden.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 8

Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Christoph Maier, Loscher-Frühwald, Kupka und anderer (CSU)

zur Änderung des Fischereigesetzes für Bayern (Drucksache 13/10691)

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Herr Kollege Franzke hat um das Wort gebeten. Die Redezeiten wurden zwischen den Fraktionen vereinbart. Ist Ihnen das bekannt, Herr Kollege?

(Franzke (SPD): Ja!)

Herr Kollege, ich erteile Ihnen das Wort.

Franzke (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Bei dem Gesetzentwurf zur Änderung des Fischereigesetzes handelt es sich um einen Gesetzentwurf einiger Kollegen von der CSU-Fraktion. Es handelt sich um einen Vorgang, der unter dem Diktat der Verwaltungsvereinfachung steht und den sogenannten Fischereischein auf Lebenszeit beinhaltet.

In den Beratungen der einzelnen Ausschüsse wurde davon ausgegangen, daß die zuständigen Verbände der Fischerei mit dieser Änderung einverstanden sein sollen, ansonsten würde man eine derartige Regelung nicht treffen.

Die Fischerei - wir hatten erst vor kurzem eine Landespräsidiumssitzung auch zu dieser Frage - sieht in dem vorgelegten Gesetzentwurf keine Verwaltungsvereinfachung, sondern im Gegenteil eine Verwaltungsmehrung. Die Kolleginnen und Kollegen, die die Beratungen in den Ausschüssen mit durchgeführt haben, haben bei Nachfragen, wann, wo und wie das geregelt werden soll, immer wieder darauf verwiesen, daß dazu noch entsprechende Verwaltungsvorschriften erlassen werden müssen. Es steht also fest, daß dies mit Sicherheit keine Verwaltungsvereinfachung ist, sondern eine Verwaltungsvermehrung.

Viele Unklarheiten sind bei den Gesetzesberatungen auch nicht bereinigt worden. Wir wissen bis heute nicht, in welchem Umfang und in welcher Art und Weise die Kommunen in Zukunft mit diesem neuen Gesetz werden umgehen können. Ich bitte, sich vorzustellen - für Nichtfischer ist das vielleicht etwas problematisch -, daß ein Fischereischein immer mitgeführt werden muß. Wenn man

bei einem Wetter wie heute den Schein mitführen muß und er naß wird, dann können Sie sich vorstellen, wie er nach ein paar Jahren ausschaut.

(Dr. Weiß (CSU): Es gibt doch Plastikhüllen!)

- Sehr geehrter Herr Kollege Weiß, Sie können sich nicht vorstellen - -

(Dr. Weiß (CSU): Der Autofahrer hat seinen Führerschein auch dabei!)

- Den Führerschein bewahren Sie mit Sicherheit an einer anderen Stelle auf als die Unterlagen in einer Anglertasche. Gut, Sie können darüber streiten.

Wir werden in den nächsten Monaten und Jahren sicher einen Erfahrungsbericht von den Kommunen bekommen. Ich wette heute schon mit Ihnen, daß die Gemeinden sagen werden: Hier ist wieder ein typisches Gesetz geschaffen worden, das nicht weniger, sondern mehr Verwaltungsarbeit mit sich bringt.

(Beifall des Abgeordneten Herbert Müller (SPD))

Damit haben Sie nichts vereinfacht.

Die Fischerei hat auch noch folgendes Problem: Mit der Erhebung der Fischereiabgabe, die zusätzlich zu Verwaltungsmehrung führen wird, weil es zwar den Fischereischein auf Lebenszeit geben soll, die Fischereiabgabe aber je nachdem, wie sich jemand entscheidet, für fünf Jahre oder auf Lebenszeit entrichtet wird, haben Sie den Kommunen zusätzliche Arbeit aufgebürdet, die bis heute nicht wissen, wie sie das in Zukunft handhaben werden. Das gibt noch viel Arbeit in den Amtsstuben, aber mit Sicherheit keine Verwaltungsvereinfachung.

Der Höchstbetrag war im ursprünglichen Entwurf auf 500 DM angesetzt. Während der Gesetzesberatungen wurde er auf 600 DM angehoben. Mit diesem Betrag kann die Fischerei leben. Aber man geht davon aus, und darum wird gebeten, daß dieser Höchstbetrag, abhängig vom jeweiligen Fall, möglichst schon zu Beginn der neuen Regelung eingezahlt wird.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Dabei handelt es sich nicht um eine Abgabe des Staates, sondern um die Selbstfinanzierung der Fischerei. Der Fischerei ist daran gelegen, Umweltschutzmaßnahmen wie den Gewässerschutz und ähnliches weiter damit finanzieren zu können. Ob dies in Zukunft der Fall sein wird, werden wir sehen. Wenn ich dem Hohen Haus in der nächsten Legislaturperiode wieder angehöre, werde ich mit Sicherheit einmal einen Bericht von den Verwaltungen darüber verlangen, inwieweit sich die neue Regelung bewährt. Wir gehen davon aus, daß sich dieses Gesetz nicht bewähren wird. Es wird zu Verwaltungsvermehrungen führen und paßt in keiner Weise in die heutige Zeit.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Christoph Maier. Herr Kollege, ich erteile Ihnen das Wort.

Dr. Christoph Maier (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zu den Ausführungen von Herrn Franzke darf ich einige wenige Sätze sagen.

Wenn Sie behaupten, daß die Neuregelung nicht zur Verwaltungsvereinfachung führt, ist das schlichtweg falsch. Der Fischereischein auf Lebenszeit wird seit vier Jahren diskutiert. Die beiden Präsidenten für Jagd und Fischerei waren sich einig, daß wir das machen sollten und müssen. Es ist an der Zeit, daß das endlich über die Bühne geht.

Was die Fischereiabgabe angeht, darf ich sagen, daß der Klientel durch einen Fünfjahresschein Rechnung getragen worden ist. Einen Zehnjahresschein gibt es nicht, aber einen Fischereischein auf Lebenszeit, für den die Abgabe ebenfalls auf 600 DM beschränkt ist. Das heißt also, er wird abgestuft. Die Verordnung wird erlassen. Damit ist die Sache für mich erledigt, weil ich davon ausgehe, daß eine große Zahl von Fischern diese Möglichkeit wahrnehmen wird.

Wenn Herr Franzke sagt, seine Meinung sei auch die des Landesfischereiverbandes, dann muß ich dem widersprechen. Der Landesfischereiverband hat der Regelung zugestimmt, und zwar schriftlich. - Dabei will ich es bewenden lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf, Drucksache 13/10691, und die Beschlußempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Drucksache 13/11020, zugrunde.

Der federführende Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Dem stimmte der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen bei seiner~Endberatung zu, schlägt allerdings noch vor, in § 2 Satz 1 als Datum des lnkrafttretens den „1. Januar 1999“ einzufügen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 13/11020.

Wer dem Gesetzentwurf mit den vom federführenden Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfohlenen Änderungen und dem vom endberatenden Ausschuß für Verfassungs- , Rechts- und Parlamentsfragen vorgeschlagenen Zeitpunkt des lnkrafttretens zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CSU.

(Dr. Magerl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Halt, halt!)

- Ist das die gesamte Fraktion des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN?

(Dr. Magerl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nicht die gesamte!)

- Einzelne Stimmen der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Gibt es keine. Stimmenthaltungen? - Die Fraktion der SPD, Herr Kollege Kurz und 1 Stimme aus den Reihen der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Es ist so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 60 der Geschäftsordnung unmittelbar in die Schlußabstimmung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf mit den vom federführenden Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vorgeschlagenen Änderungen unter Berücksichtigung des vom endberatenden Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen vorgeschlagenen Zeitpunkts des Inkrafttretens seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das ist die Fraktion der CSU und drei Kollegen der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Ich sehe keine. Stimmenthaltungen bitte ich auch auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das ist die gesamte Fraktion der SPD sowie Herr Kollege Kurz und 1 Kollegin aus der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Das Gesetz ist angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Fischereigesetzes für Bayern“.

Ich rufe auf:

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 9:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes (Drucksache 13111010)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. - Ich sehe keine Wortmeldungen. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 13/11010 und die Beschlußempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auf Drucksache 13/11223 zugrunde.

Der federführende Ausschuß für Landwirtschaft und Forsten empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmt bei seiner Endberatung ebenfalls zu, schlägt allerdings noch vor, in § 2 als Datum des lnkrafttretens den „1. August 1 998“ einzufügen.

Wer dem Gesetzentwurf mit dem vom endberatenden Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen vorgeschlagenen Zeitpunkt des lnkrafttretens zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? - Solche sehe ich auch nicht.

So beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 60 der Geschäftsordnung unmittelbar in die Schlußabstimmung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. - Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf mit dem vom endberatenden Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen vorgeschlagenen Zeitpunkt des lnkrafttretens seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Ich bitte, sie auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Ich sehe keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Auch nicht.

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes“.

Tagesordnungspunkt 10:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Alois Glück, Miller, Michl und anderer (CSU)

zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft (Drucksache 13/11034)

- **Zweite Lesung -**

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. - Ich sehe keine Wortmeldungen. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der lnitiativgesetzentwurf auf Drucksache 13/11034 und die Beschlußempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auf Drucksache 13/11224 zugrunde.

Der federführende Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, daß in § 1 Nummer 2 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb der Satz 3 neu gefaßt wird. Dem stimmt der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen bei seiner Endberatung zu, allerdings mit der Maßgabe, daß § 2 eine neue Fassung erhält. Ich verweise insoweit auf Drucksache 13/11224.

Wer dem Gesetzentwurf in der vom endberatenden Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen vorgeschlagenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen.

Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. So beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 60 der Geschäftsordnung unmittelbar in die Schlußabstimmung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. - Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der vom endberatenden Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen vorgeschlagenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. - Das sind alle Fraktionen des Hohen Hauses. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Es gibt keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine.

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft“.

Jetzt rufe ich auf:

Tagesordnungspunkt 11

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (Drucksache 13110794)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. - Es gibt keine Wortmeldungen. Dann ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 13/10794 und die Beschlußempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik auf Drucksache 13/11234 zugrunde.

Der federführende Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik empfiehlt die unveränderte Annahme.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? - Solche sehe ich auch nicht. So beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 60 der Geschäftsordnung unmittelbar in die Schlußabstimmung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. - Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. - Das ist das gesamte Hohe Haus. Ich bitte, Gegenstimmen auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine.

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes“.

Jetzt rufe ich auf:

Tagesordnungspunkt 12

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Ausführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens nach der Insolvenzordnung (AGInSO) (Drucksache 13/10829)

- Zweite Lesung -

dazu: Änderungsantrag der Abgeordneten Schultz, Wahnschaffe und anderer (SPD) (Drucksache 13/11082)

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. - Herr Kollege Schultz hat ums Wort gebeten.

Schultz (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte an und für sich gedacht, daß an dieser Stelle vielleicht doch Herr Staatsminister Leeb als erster spricht und dartut, ob sich die Staatsregierung inzwischen besonnen hat, das mitzutragen, was wir in unserem Änderungsantrag gefordert haben, nämlich eine Kostenregelung auf diesem wichtigen Gebiet. Das wäre richtig und der Situation, wie wir sie vorfinden, angemessen gewesen.

Wir wissen alle, daß wir in unserem Land eine ganze Reihe von Haushaltungen haben, die an oder unterhalb der Armutsgrenze leben. Wir haben über 230000 überschuldete Haushalte. Wir wissen, daß Tausende und aber Tausende menschlicher Existenzen davon betroffen sind. Wir wissen, wieviel Armutskarrieren, vor allem bei Kindern, daraus folgen. Zu denken ist auch an all die Folgen, die die Gesellschaft zu notwendigen Reparaturarbeiten veranlassen.

Es war Zeit, zu überlegen, wie im Zusammenhang mit der Insolvenzordnung den Menschen die richtige Handhabe gegeben werden kann, sich unter schwierigen Umständen von ihren Schulden zu befreien, wozu die Insolvenzordnung schließlich geschaffen worden ist. Es war Zeit seit 1994. Seitdem ist auf Bundesebene das Insolvenzrecht geregelt. Wir hatten angenommen, daß bis zum heutigen Zeitpunkt ein entsprechender Vorschlag vorgelegt wird, der sowohl das Verfahren als auch die materiellen Schwierigkeiten berücksichtigt, aber auch die Schuldnerberatungsstellen einbindet und deren Probleme löst; denn diese Stellen brauchen wir dabei dringend.

Der Gesetzentwurf will die Insolvenzordnung auf bayerischer Ebene umsetzen. Die Umsetzung kommt um Monate zu spät, soweit es die Frist von sechs Monaten betrifft, die den Schuldnern im Gesetz eingeräumt wird. Das heißt, die Schuldner können nicht einmal mehr die Frist von sechs Monaten wahrnehmen, die ihnen durch das Bundesgesetz vorgegeben ist. Diese Zeit ist heute längst abgelaufen.

Ich habe schon in der Ersten Lesung darauf hingewiesen, daß darüber hinaus entgegen dem Kommissionsentwurf, an dem sich das Gesetz ansonsten orientiert, keine

Finanzierungsregelungen vorgesehen sind. Was im Vorspann des Gesetzentwurfs unter „D) Kosten“ steht, ist lächerlich, Herr Staatsminister. Dort steht: „Die Durchführung des Anerkennungsverfahrens wird zu einem Verwaltungsaufwand bei den Regierungen führen.“ Das ist eine lächerliche Floskel. Denn wir alle wissen, daß die eigentlichen Kosten auf einem ganz anderen Gebiet entstehen, worauf auch Wohlfahrtsverbände, Kommunen und Städtetag hingewiesen haben.

Nur Sie haben es nicht gehört. Genauso wenig haben Sie sich an die Petition des Städtetags gehalten. Und das, obwohl noch am 8. Oktober 1996 von Ihnen in einem Gespräch mit den Verbänden im Sozialministerium wörtlich ausgeführt wurde, daß die Finanzierung staatliche Angelegenheit sei.

Als wir am 26. Mai im sozialpolitischen Ausschuß das Thema besprochen haben, wurde uns vom zuständigen Herrn Regierungsdirektor des Justizministeriums erzählt, daß es - wörtlich - noch kein einziges Bundesland gebe, das ein Ausführungsgesetz zur Insolvenzordnung erlassen habe. Sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, dieser Umgang mit der Wahrheit ist höchst erstaunlich. Tatsächlich mußte ich feststellen, daß in Hessen schon zehn Tage vorher ein Ausführungsgesetz erlassen und verkündet worden ist. Wir wurden im sozialpolitischen Ausschuß also mit der Unwahrheit bedient, und dies trägt nicht unbedingt zur Glaubwürdigkeit der Staatsregierung bei.

Seit 19. Mai 1998 gibt es in Hessen ein entsprechendes Gesetz, wobei in § 6 ausdrücklich geregelt wurde, daß das Land ab 1999 die für die Personal- und Sachkosten erforderlichen Mittel als Zuwendungen im Sinne des Haushaltsgesetzes zur Verfügung stellt. Sinngemäß das gleiche findet sich in § 5 des rheinland-pfälzischen Gesetzentwurfs, wo sich das Land ausdrücklich festlegt, die geeigneten Stellen zu fördern; das gleiche in § 5 des Gesetzentwurfs des Landes Sachsen-Anhalt, in dem Art und Umfang der Förderung anerkannter Stellen ausdrücklich geregelt werden; das gleiche in Baden-Württemberg, wo in § 3 die Förderung geeigneter Stellen ausdrücklich enthalten ist; das gleiche im Entwurf des Landes Thüringen unter § 6, wo die Kostenerstattung ausdrücklich geregelt ist.

Herr Staatsminister, nichts anderes verlangen wir in Bayern. Nichts anderes verlangen auch die zuständigen und geeigneten Stellen, die zwar die Arbeit machen sollen, aber keine gesetzlich festgeschriebenen Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Das halte ich für ein Armuts-Zeugnis ersten Ranges.

(Beifall bei der SPD)

Schon letztmals habe ich darauf hingewiesen, daß es nicht nur auf die Kosten der Kommunen und Verbände ankommt, sondern auch auf eine entsprechende Zahl von neu einzustellenden Rechtspflegern und Richtern. Diesem Bedarf wurde in Nordrhein-Westfalen rechtzeitig mit 200 Rechtspfleger- und 60 Richterstellen sowie mit 10 Millionen DM Verfügungs- und Sachmitteln entsprochen. In Bayern ist dagegen in dieser Richtung nichts gelaufen.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir begrüßen zwar den Gesetzentwurf, denn wir wollen eine Umsetzung des Insolvenzrechts; er wurde aber mit heißer Nadel gestrickt, verspätet, schneidet Rechte ab und ist unseriös, weil er die Finanzierung der geeigneten Stellen dem Grunde nach nicht regelt und gesetzlich vorschreibt. Deshalb werden wir uns der Stimme enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Nächster Redner ist Herr Kollege Rubenbauer.

Rubenbauer (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der Staatsregierung dient der Umsetzung der zum 01.01.1999 in Kraft tretenden neuen Insolvenzordnung. Mit dieser Insolvenzordnung wird Neuland betreten. Sie bietet erstmals überschuldeten Privatpersonen die Möglichkeit, in einem zweistufigen Verfahren Restschuldbefreiung zu erwirken.

Das gerichtliche Verfahren mit einer eventuellen Schuldenbereinigung kann aber nur dann beschritten werden, wenn der Schuldner vorher außergerichtlich mittels einer geeigneten Person oder Stelle versucht hat, mit seinen Gläubigern ins Reine zu kommen. Die neue Insolvenzordnung räumt den Ländern die Möglichkeit ein, zu bestimmen, wer geeignete Person oder geeignete Stelle sein kann. Darum geht es bei dem Ausführungsgesetz, Herr Kollege Schultz, und um nichts anderes.

Der Gesetzentwurf beschreibt zum einen das Anforderungsprofil und sichert sozusagen die Qualitätsstandards bei den geeigneten Stellen; er beschreibt die Aufgaben dieser Stellen im Zusammenhang mit der neuen Insolvenzordnung. Zum anderen bestimmt er die Regierungen zu sogenannten Anerkennungsbehörden. Würde all das nicht in einem derartigen Ausführungsgesetz geregelt, müßte das Insolvenzgericht in jedem Einzelfall die Voraussetzungen prüfen. Dies wäre eine zusätzliche Belastung für die Gerichte und würde auch beim Schuldner zu großen Unsicherheiten führen.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Der vorliegende Gesetzentwurf der Staatsregierung ist ein bedeutsamer Baustein in der Umsetzung eines großen bundesgesetzlichen Reformwerks. Menschen, die mit oder ohne eigene Schuld in erheblichem Umfang verschuldet sind, erhalten die Chance, nach entsprechenden Verfahrens-schritten und unter bestimmten Voraussetzungen wieder normal am Wirtschaftsleben teilzuhaben. Das bayerische Ausführungsgesetz wird den notwendigen Beitrag dazu leisten; die CSU-Fraktion wird dem Gesetzentwurf zustimmen.

Nicht zustimmen wird die CSU-Fraktion dagegen dem vorliegenden Änderungsantrag der SPD, in dem die grundsätzliche Festschreibung einer staatlichen Kostenbeteiligung für Personal- und Sachkosten bei den soge-

nannten geeigneten Stellen gefordert wird. Denn diese Forderung geht über die eigentliche Zweck- und Zielbestimmung eines Ausführungsgetzes zur Insolvenzordnung hinaus.

Gleichwohl verkennt die CSU-Fraktion nicht, Herr Kollege Schultz, daß eine Mehrbelastung für die Schuldnerberatungsstellen zu erwarten ist. Die CSU-Fraktion hält eine entsprechende Förderung auch für notwendig und stimmt darin mit der Staatsregierung überein, die sich bereits im Februar positiv geäußert hat. Wir meinen allerdings, daß über den Umfang der Förderung erst im Zusammenhang mit dem Doppelhaushalt 1999/2000 entschieden werden kann. Deshalb halten wir den SPD-Antrag für überflüssig. Der Intention wird ohnehin entsprochen. Wir lehnen den Änderungsantrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 13/10829, der Anderungsantrag auf Drucksache 13/11082 und die Beschlußempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik auf Drucksache 13/11238 zugrunde.

Zum Gesetzentwurf wurde von seiten mehrerer SPD-Abgeordneter ein Änderungsantrag gestellt, über den ich vorweg abstimmen lasse. Danach soll in den Gesetzentwurf ein neuer Artikel 6 eingefügt werden. Die bisherigen Artikel 6 und 7 würden 7 und 8. Im einzelnen verweise ich auf die Drucksache 13/11082. Der federführende Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik empfiehlt die Ablehnung des Änderungsantrag. Wer entgegen dieser Empfehlung dem Anderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Herr Kollege Kurz. Gegenstimmen? - Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik zur unveränderten Annahme. Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmt bei seiner Endberatung ebenfalls zu, schlägt allerdings noch eine Neufassung des Artikels 7 Absatz 1 vor. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 13/11238. Wer dem Gesetzentwurf mit der vom endberatenden Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen vorgeschlagenen Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Herr Kollege Kurz. Es ist so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 60 der Geschäftsordnung unmittelbar in die Schlußabstimmung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf mit der vom endberatenden Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen vorgeschlagenen Änderung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das ist die Fraktion der CSU. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Ich sehe keine. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Herr Kollege Kurz. Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Ausführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens nach der Insolvenzordnungg“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die morgige Plenarsitzung wird um 9 Uhr mit der Zweiten Lesung zum Bayerischen Hochschullehrergesetz und zum Bayerischen Hochschulgesetz beginnen. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß ab 18 Uhr alle zehn Minuten die Busse nach Schleißheim fahren. Der letzte Bus wird um 18.45 Uhr fahren. Ich wünsche einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

(Schluß: 17.31 Uhr)